

Diese Zeitung erscheint
jede Woche Sonnabends.
Preis vierteljährlich durch
die Post bezogen 1,20 Mk.
Eingetragen in die
Postzeitungsliste Nr. 6482.

Der Proletarier

Anzeigepreis:
50 Pf. für die 3 gepalt.
Zeile.
Geschäftsanzeigen werden
nicht angenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Postfachkonto: Nr. 858 15 Postfachamt Hannover.

Verlag von A. Bres.
Druck von C. G. S. Meißner & Co. beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: Sebastian Pröll, Hannover.
Redaktionschluss: Freitag morgen 9 Uhr.

Redaktion und Expedition:
Hannover, Nikolastr. 7, II. — Fernsprech-Anschluss Nord 9985—9994

Eine Gauleiterkonferenz

Sagte am 2. Dezember 1927 in Hannover, um zu wichtigen Streitfragen Stellung zu nehmen. Vertreten waren auf dieser Konferenz außer den sämtlichen Gauleitern im Reich der Hauptvorstand, der Vorstand des Keramischen Bundes, der Verbandsausschuß und die Branchenleiter. Als wichtigster Tagesordnungspunkt stand zur Beratung unsere Stellungnahme zu den Lohn- und Tariffbewegungen im nächsten Frühjahr. Nachdem der Kollege Frey dem anwesenden Gauleiter Wörner zu seinem 25jährigen Jubiläum als leitendem Gauleiter Gratulation und Wünsche dargebracht hatte, erteilte er dem Referenten zum Hauptpunkt, dem Kollegen Großmann vom Hauptvorstand, das Wort. Der Referent behandelte zunächst rückwärtend die hinter uns liegenden Lohnbewegungen in den verschiedenen Industriezweigen unseres Werbegebietes. Er stellt fest, daß trotz der Ungunst des Arbeitsmarktes und der sonstigen Verhältnisse doch manche Erfolge zu buchen sind, zugunsten unserer Mitgliedschaft und darüber hinaus der Arbeiterschaft. Selbst in den hauptsächlichsten Industriezweigen wie Chemie, Papier, Glas, Porzellan, Ziegeleien usw. sind Erfolge erzielt worden. Wenn auch die errungenen Lohnverbesserungen in ihrer Höhe schwanken, so beträgt doch der Durchschnittserfolg etwa 10 Prozent. Dazu kommen zum Teil noch andere Verbesserungen, die sich zahlenmäßig nicht ausdrücken lassen. Nicht immer ging es ohne Streik ab. Es hat sich bei allen Bewegungen gezeigt, daß unser Verband als Machtfaktor gewertet werden muß. Auch in der Arbeitszeitfrage haben wir Fortschritte aufzuweisen. Selbst in der Papierindustrie Ostpreußens und am Niederrhein haben wir wieder den Achtstundentag, also die Dreifachheit, erreicht. In der Chemie bestand seit Jahren Streit über die Tarifansetzung bezüglich der Ferienzahlung der Akkordarbeiter. Jetzt ist auch hier eine wesentliche Verbesserung durchgesetzt. Eine teilweise angestrebte zwischenstaatliche Regelung in den letzten Monaten, hat nur vereinzelte unbedeutende Erfolge gezeitigt. In dieser Frage war die Position der Unternehmer stärker als die unserer. Was jetzt noch nachzuholen ist, gehört zum Programm für 1928. Verschiedene Tarifverträge laufen im Frühjahr und darüber hinaus ab. Im Vordergrund unserer Bewegungen wird nach den bis jetzt gemachten Erfahrungen die Lohnfrage stehen. Wir müssen damit rechnen, daß Erfolge in der Zukunft noch mehr als bisher reine Machtfragen werden. Wir dürfen uns nicht unbedingt auf die Schlichtungsinstanzen verlassen. Zu prüfen ist vor Einleitung einer jeden Bewegung der Stand unserer Organisation im Kampfgebiet. Wir wollen unsere Kämpfe möglichst aus eigener Kraft ohne fremde Hilfe durchführen. Fest steht jetzt schon, daß wir umfangreiche Lohnbewegungen zu führen haben werden, trotzdem muß auch die Arbeitszeitfrage im Fluße bleiben. Die Rückkehr zum Achtstundentag muß allmählich vollständig werden.

In der nun einsetzenden lebhaften Diskussion geht Kollege Müller vom Hauptvorstand auf die Schwierigkeiten der Arbeitszeitfrage in der Glasindustrie ein. Im Vordergrund steht die Verordnung vom 9. Februar 1927, aber sie trifft nicht mit voller Klarheit die in Betracht kommenden Kategorien. Eine Nachverordnung vom Juni 1927 zählt zu den unter die Bestimmungen für die „Schleifer“ fallend, die Facettenschleifer, Polierer usw. Wir sind der Meinung, daß unter die 8-Stundenarbeit-Verordnung vom 9. Februar alle mit Schleiferarbeiten Beschäftigten fallen müssen. Wir haben vom Reichsarbeitsministerium, also von der Erlassstelle, bessere Präzisierung gefordert. Das Reichsarbeitsministerium hat unsere Auffassung zum Teil bestätigt, ist aber schwankend in seiner endgültigen Stellungnahme. Eine bestehende Kommission hat nun von Behördenstelle Auftrag erhalten, in der Weichholglasindustrie erneut Feststellungen zu machen. Das Resultat muß abgewartet werden.

Rückert (Berlin) geht auf Differenzen ein, die über die Auslegung des Vertrages in der Papierindustrie bestanden. Es handelt sich um die Überstundenzahlung beim Zweischichtensystem. Die Arbeitgeber haben gegen uns Feststellungsklage eingeleitet, sie sind jedoch mit ihrer Auffassung unterlegen. Lehmann (Hirschberg) kritisiert den noch bestehenden Unfug der Werkzeuglieferung durch die Arbeiter in der Kristallglasbranche. Dieser Zustand muß beseitigt werden. Thiemig, Hauptvorstand, betont, selbständiges Vorgehen bei Einleitung von Bewegungen in einzelnen Bezirken dürfe nicht vorkommen. Der Hauptvorstand als Zentrale müsse in allen Fällen Kenntnis erhalten über Pläne und Vorbereitungen zu Tarifkündigungen, Einreichung von Forderungen, und müsse ferner laufend orientiert werden.

Zahlreiche Redner beschäftigten sich nunmehr mit der Art der bei den kommenden Bewegungen zu treffenden Maßnahmen und mit der Art des Vorgehens. Einhellig waren alle der Auffassung, daß die zum Frühjahr ablaufenden Tarifverträge zu kündigen seien. Die Meinung der Konferenz kam zum Ausdruck in der folgenden einstimmig angenommenen

Entschliebung.

1. Bei den Lohn und Tariffbewegungen im kommenden Frühjahr gebührt der Lohnfrage der Vorrang vor anderen Forderungen.
 2. Mit Rücksicht auf Zahl und Umfang der zu erwartenden Lohnbewegungen ist von den Verbandsfunktionären die Pflicht der Anmeldung und fortlaufenden Berichterstattung besonders zu beachten. Ohne vorherige Zustimmung des Hauptvorstandes darf kein Tarifvertrag gekündigt und keine Lohnbewegungen eingeleitet werden.
 3. Über alle wichtigen Maßnahmen zur Durchführung von Lohnbewegungen muß eine Verständigung mit dem Hauptvorstand erfolgen. Die notwendigen Entscheidungen des letzteren sind maßgebend.
- Nachdem noch verschiedene sonstige Verbandsfragen ihre Erledigung durch Aussprache gefunden hatten, erfolgte Schluß der Konferenz.

Die Flut.

... Sie steigt und steigt. — Mit schauerlichem Schall im Dunkeln Wellen sich auf Wellen türmen; kohlschwarze Fluten an das Ufer türmen und schon erhebt die Luft beim Widerhall.

Die Flut der Völker ist es. — Und sie steigt. — Rings Lämpen, Wunden, Jüge bleich vor Harm, hungrige Mäuler, arbeitslose Arme, Herzen von Angst geschwellt. — Sie steigt und steigt. — Und bringt mit sich den Moderduft der Rot, den Moderduft der ungesunden Häuten; und aus der Brust dringt allen, die da litten, der Angstschrei: Gebt uns unser täglich Brot.

Noch taub und blind bleibt alles bei dem Ton. — Die Stille, die voran dem Blitze schreiet des Ungewitters, schwer aufs Land sich breitet und größer wird der Strom, nah trotzig schon.

Die riesigen, granitnen Dämme fällt er, blutbesetzt, von Tränen bleich und Sorgen, im Namen eines heiligen Rechts wird morgen er brüllend überschwemmen alle Welt.

Ada Regri.

Die übermütigen Schwerindustriellen.

Es geht den Leuten von der Schwerindustrie zu gut, drum wollen sie es noch besser haben. Seit Jahrzehnten haben sie aus unbezahlter Arbeitskraft Riesenvermögen zusammengewuchert und dafür sollen Hunderttausende dieser Reichtumschaffenden zum Hungern verurteilt werden. Oder wollen die Schwerindustriellen nur ihre Gemeingefährlichkeit demonstrieren?

Um was handelt es sich? Nach einer Verordnung vom 16. Juli 1927 soll für einen Teil der Eisenindustrie die Achtstundenschicht in Kraft treten. Außerdem hat der Metallarbeiterverband Lohnforderungen gestellt, die etwa 10 Pfennig mehr pro Stunde bringen würden. Beides paßt den Schwerindustriellen nicht. Deshalb die Drohung, am 1. Januar die Betriebe stillzulegen und damit die Lohnforderung nebst Verordnung illusorisch zu machen. Anscheinend können die Herren gar nicht abwarten, bis das Volk sie eines Tages als überflüssig verabschiedet. Sie bilden sich natürlich ein, ihnen könne nichts geschehen, sie haben vorgesorgt, besitzen sie doch papierene Anweisungen auf Reichtum. Die können allerdings durch einen Federstrich wertlos gemacht werden, den wirklichen Reichtum, die Güter, können sie nicht mit fortzuschleppen.

Tagtäglich berichtet die Presse: Da haben sich fünf junge Leute wegen Arbeitslosigkeit mit Gas vergiftet. Dort haben sich so und so viele angehängt oder sind ins Wasser gesprungen aus Nahrungsorgen. Jemand weiß ein Säugling erstoren, weil die Familie infolge Arbeitslosigkeit aus der Wohnung verjagt wurde und die Mutter bei bitterer Kälte auf dem Dachboden gebären mußte usw. Und diese übermütige Gesellschaft von Schwerindustriellen, die 1918 ach so jämmerlich klein war, will das Verbrechen begehen, zur Zeit schon bestehender großer Arbeitslosigkeit das Elend mit

Überlegung zu vergrößern. Mit ihren Syndikats beschwindeln sie uns von Jahr zu Jahr, wie schlecht es ihnen gehe, und dabei werden sie fortgesetzt fetter, reicher, mächtiger infolge der Anhäufung unbezahlter Arbeitskraft.

Haben die Unternehmer eine Berechtigung zur Ablehnung des gesetzlichen Achtstundentages und des dafür notwendig werdenden Lohnausgleiches? Nein, denn etwa 1/3 haben ihre eigenen Vertreter im Reichswirtschaftsrat der Verkürzung der Arbeitszeit zugestimmt, ferner waren sie lange genug darauf vorbereitet und zudem werden sie sich wohl nicht eingebildet haben, daß sie die Vorteile der Rationalisierung und die Vorteile ihrer Preisdikatur einstecken können und die Arbeiter sollen die Kosten der Arbeitszeitverkürzung auf sich nehmen.

Man muß wissen, auf welcher noble Art die Unternehmer den schon eingeführten Achtstundentag beseitigt haben.

Mit dem Umsturz 1918 hatten auch die Arbeiter in der Hüttenindustrie den Achtstundentag erhalten. In den durchgehenden Betrieben der Hochofen-, Stahl- und Walzwerke wurde die dreiteilige Schicht eingeführt. Damit kamen die Hüttenklaven zum ersten Male in den Genuß einer menschenwürdigen Arbeitszeit.

Als der Ruhrkampf zu Ende war und die Inflation die Arbeiterschaft zum Weißbluten gebracht hatte, waren die Schwerindustriellen schnell dazu bereit, diese für sie günstige Lage zu einem Schläge gegen die Gewerkschaften zu benutzen. Es wurde aus jedem Werk ein Anschlag bekanntgegeben, wonach die Betriebe nur für diejenigen Arbeiter wieder geöffnet seien, die sich unterschrieben verpflichteten, zu einer Arbeitszeit wie vor dem Kriege üblich zu arbeiten. Die ausgehungerten und ausgemergelten Arbeitermassen, die zum allergrößten Teil vor dem Kriege eine Organisation nicht gekannt hatten und an eine gewerkschaftliche Disziplin nicht gewöhnt waren, strömten in die Betriebe hinein. Es war den Gewerkschaften trotz allem möglich, einige Erleichterungen durchzusetzen; überdies verpflichteten sich die Unternehmer, so bald als möglich eine Verkürzung der Arbeitszeit einzutreten zu lassen. Allerdings sollte sich die Wirtschaftslage soweit gebessert haben, daß diese Mehrbelastung getragen werden könne.

So waren die Hüttenarbeiter gezwungen, wieder wie in der Vorkriegszeit in zweigeteilter Schicht zu arbeiten und bei den nicht durchgehenden Betrieben entsprach die Arbeitszeit ebenfalls derjenigen vor dem Kriege. Durch angestrengte Tätigkeit gelang es, diese übermenschlich lange Arbeitszeit etwas zu verkürzen.

In der zweigeteilten Zwölfstundenschicht wurde aber festgehalten, wenn sich auch die Unternehmer auf Drängen der Gewerkschaften bereit erklärten, Abblüsungsmannschaften für die Pausen zu stellen. Im Verlaufe der Zeit gelang es, das Reichsarbeitsministerium dazu zu bewegen, wenigstens für die Hochofenarbeiter die dreigeteilte Schicht durch Verordnung durchzuführen. Für die übrigen in den Warmbetrieben tätigen Arbeiter sollte die Arbeitszeit später geregelt werden. Auf Grund eines Gutachtens des Reichswirtschaftsrates erfolgte dann im Juli eine nach § 7 Absatz 1 der Arbeitszeitverordnung vom Reichsarbeitsministerium erlassene Zusatzverordnung, die die Arbeitszeit für Schwerarbeiter in den Hüttenbetrieben auf acht Stunden täglich festsetzte. Diese Verordnung sah in den durchgehenden Betrieben die dreigeteilte Schicht vor und sollte vom 1. Januar 1928 an in Kraft treten. Die Unternehmer wurden verpflichtet, die erforderlichen Vorbereitungsarbeiten bis zu diesem Zeitpunkt zu treffen.

Deshalb also der Kampf. Wie stark die Erbitterung der Arbeiterschaft gegen die Rigorosität der Unternehmer ist, geht daraus hervor, daß die christlichen Metallarbeiter beschlossen haben, keinerlei Roststandsarbeiten zu verrichten, wenn die Stilllegung kommt. Ein solcher Beschluß ist angesichts des unqualifizierbaren Vorgehens der Unternehmer verständlich. Das Verhalten der Unternehmern ist wiederum nur erklärlich, weil diese Leute in dem Wahne leben, die Arbeiter seien nur deshalb auf der Welt, um für diese übermütigen Menschen zu arbeiten und zu darben.

„O wunderschön ist Gottes Erde“
und der Geschöpfe Lebenslauf!
Daß alles satt und glücklich werde,
frißt einfach eins das andre auf.

Die Gesundheits- und Ernährungsverhältnisse des deutschen Volkes.

Das Reichsgesundheitsamt hat auf Grund amtlicher und ärztlicher Berichte und nach den neuesten Statistiken eine Denkschrift über die gesundheitlichen Verhältnisse des deutschen Volkes im Jahre 1925 ausgearbeitet. Diese Denkschrift ist dem Reichstag jetzt vom Reichsministerium des Innern vorgelegt und nach Drucklegung auch der Öffentlichkeit übergeben worden.

Wenn die Denkschrift auch feststellt, daß die mit der Stabilisierung der Währung eingetretene Besserung des Gesundheits- und Ernährungsverhältnisses des deutschen Volkes im Jahre 1925 im allgemeinen nicht nachgelassen hat, so kann

ne trotzdem doch nicht viel Erfreuliches berichten. Sie erklärt gleich im Anfang, daß die Berichte oft sagen, daß der Gesundheits- und Ernährungszustand des Volkes sowohl in den Städten und Industriegegenden als auch auf dem Lande vielfach zu wünschen übrig lasse. Namentlich gegen Ende des Jahres 1925, als die Arbeitslosigkeit groß wurde, seien die gesundheitlichen Verhältnisse schlecht geworden.

Wenn man die Denkschrift aufmerksam durchliest, erkennt man deutlich, daß sehr viel Mangel und Leid, sehr viel Not und Elend im Volke anzutreffen ist. Vielleicht ist die allgemeine Gesundheits- und Ernährungslage inzwischen etwas besser geworden, weil ja die Arbeitslosigkeit zurückgegangen ist und auch die Löhne hier und da, wenn auch ganz ungenügend, verbessert worden sind. Denn das vor allem bestätigt diese Denkschrift wieder: die Arbeits- und Verdienstverhältnisse stehen mit den Ernährungs- und Gesundheitsverhältnissen im allernächsten Zusammenhang.

Es ist erfreulich, daß die Denkschrift offen zugibt, daß die Einkommensverhältnisse mit den Lebensverhältnissen nicht Schritt gehalten haben. Es seien zwar wieder genügend Waren da, aber es fehle an Geld, an Kaufkraft. Am meisten müssen die Erwerbslosen, Kurzarbeiter, die Kinderreichen, die Sozial- und Kleinrentner und die verarmten alten Leute entbehren. Mit ihrer und ihrer Familien Gesundheit steht es deshalb auch am schlechtesten.

Es ist aber nicht die schlechte Ernährung allein, die an der Gesundheit des Volkes nagt. Ebenso sehr, vielleicht stellenweise noch mehr, würgt das Wohnungseld am Leben des Volkes. Es vernichtet ungeheurer viel körperliche und sittliche Volkskraft und viel Freude und Lebensglück. Die Denkschrift sagt, daß aus vielen Teilen des Reiches noch immer bitter über „billig unzureichende Wohnungsverhältnisse“ geklagt werde. Die neuesten Ermittlungen dieses Jahres lauten ähnlich ungünstig. Es heißt in der Denkschrift:

Vielmehr sind noch heute die Menschen in unhygienischen Wohnstätten zusammengepfercht. Tausende von Familien müssen jahrelang warten, bis sie endlich ein eigenes, den Bedürfnissen entsprechenden Heim finden können. Auch die bestmögliche gesundheitliche Wohnungsverhältnisse lassen in bezug auf Hygiene oft manches zu wünschen übrig. Nur spärlich finden sich in den Berichten Angaben, die im Sinne einer Besserung zu deuten sind. Aus den preussischen Regierungsbezirken Breslau, Halle, Erfurt, Schweidnitz und aus dem Freistaat Sachsen wird sogar berichtet, daß die Wohnungsverhältnisse sich noch verschlechtert hat.

Es fehlt dem Volke nicht nur an genügendem, menschenwürdigem Wohnraum, sondern hauptsächlich auch an Schlafraum und an Betten. Es fehlt weiter sehr stark an Wäsche und an Kleidung. Hierauf führt die Denkschrift die anfallenden vielen Erkältungskrankheiten zurück. Die ungeheuren Notzustände im Wohnungswesen haben ihren Ursprung in den großen Vermögensverlusten, die sich der Staat vor dem Kriege auf dem Gebiete des Boden- und Wohnungswesens hat zuschulden kommen lassen. Die ebenfalls dicht besiedelten Industrie- und Handelsstaaten England und Belgien haben eine bei weitem nicht so hohe Verkaufspreise und längst nicht so hohe Wohnungsverhältnisse wie Deutschland. Die städtischen Bodenpreise waren vor dem Krieg in Deutschland acht- bis zehnmal so hoch als in diesen Staaten. Die unheimliche Saug des Bodenwunders ist nach dem Kriege in einer Weise emporgewachsen, daß man

nicht begreift, daß dies himmelschreiende Unrecht, das einige wenige am Volke begehen durften, nicht mit allen nur eben möglichen Mitteln wieder gut zu machen versucht wird. Warum wird nicht dieser aus Unrecht und Volksnot gewonnene Besitz und gleichzeitig der noch verwerflichere Kriegs- und Inflationsgewinn dem Allgemeinwohl nutzbar gemacht. Man rede doch lieber nicht früher von Volks- und Schicksalsgemeinschaft, bis es wieder gut gemacht ist, daß einer dem anderen auf gesegnetem Wege sein Gut und sein Recht nehmen konnte. Gewiß muß unser Volk sich zusammenfinden in gleichgeartetem Willen und Streben, gewiß muß ein Einklang in der werkschaffenden Arbeit hergestellt werden. Aber das ist alles doch nur möglich, wenn der Boden des Rechts und der Wirtschaft, auf dem wir alle leben, schaffen und vorwärtskommen müssen, zuerst gründlich von dem Unrat gereinigt wird, der sich darauf ansammeln konnte. Vor dieser Notwendigkeit stecken aber alle diejenigen gerne den Kopf in den Sand, die sich in Ermahnungen und sogar oft in Vorwürfen nicht genug tun können. Nicht an die Entrechteten und Notleidenden richte man seine mahnende Stimme, sondern an die im Recht und im Besitz Bevorzugten. Das Ziel, das erreicht werden soll und erreicht werden muß, läßt sich nur mit den Mitteln freier Offenheit, unbedingtester Ehrlichkeit und Wahrhaftigkeit und wirklicher staatsbürgerlicher Gleichberechtigung und — und darauf kommt es hauptsächlich an — Gleichverpflichtung erreichen. Man mache bei der Änderung des Bodenrechts den Anfang, dann wird manches andere, das die Zurückgebliebenen drückt, bedeutend leichter zu bessern sein.

Wie furchtbar das Wohnungsübel an der Volksgesundheit zehrt, darüber ist in letzter Zeit manches gesagt worden. Die Statistik redet gerade hier eine erschütternde Sprache. Außerdem sind so trostlose, kulturhindernde Wohngebäude gezeigt worden, daß wir unser nationales Haupt in tiefer Scham verhüllen sollten. Es kann jetzt leider nicht näher auf Einzelheiten eingegangen werden.

Wenn genügend gesunde Menschen in einem Volk wachsen sollen, dann ist dazu daselbe notwendig, was auch zum Wachsen und Gedeihen der Pflanzen und der Tiere nötig ist. Licht, Luft, Raum und gute Nahrung. Die deutsche Geburtenziffer ist gegen 1901 um 42 Prozent gesunken, ebenfalls die jährliche Volkszunahme. Die Sterbeziffer ist gegenwärtig ebenfalls um 42 Prozent niedriger als 1901. Es ist aber leider wahrscheinlich, daß diese geringe Sterblichkeit nicht von Dauer sein wird; denn es sind die weniger widerstandsfähigen Menschen, besonders die ganz jungen und die ganz alten, gewissermaßen in der entbehrungsreichen Kriegs- und Nachkriegszeit vorweggestorben. Das zeigt sich besonders deutlich bei der Sterbeziffer der Tuberkulösen. Diese und die Sterbeziffer für die Volksgesamtheit ist infolgedessen jetzt zunächst niedriger, als sie sein würde, wenn Hunger und Entbehrung nicht schon vorzeitig so große Opfer gefordert hätten. Sodann wird die Sterblichkeitsziffer angeblich noch dadurch heruntergedrückt, daß die Säuglinge und Kleinkinder, die eine besonders hohe Sterblichkeitsziffer haben, nur in verhältnismäßig geringer Zahl vorhanden sind. Immerhin ist die Sterblichkeitsziffer der übrigen Altersklassen nicht ungünstig, mit Ausnahme der der Frauen im gebärfähigen Alter. Dies und auch die Zunahme der Frauenkrankheiten führt die Denkschrift wohl mit Recht darauf zurück, daß die Eingriffe gegen das heimende Leben zunehmen.

Unsere Gesetze begünstigen das Kurzsichertum und die Verunsicherung gerade auf diesem Gebiete, wodurch viele Menschenleben zugrunde gehen. Im übrigen ist es richtig, was die Denkschrift zur Geburten- und Sterblichkeitsstatistik sagt, daß nämlich Arbeits- und Wohnungsnot nicht mehr als alles andere beeinflusst. In den Städten ist die Sterblichkeit der Säuglinge verhältnismäßig etwas geringer als im Reich überhaupt. Die Geburtenzahl ist ja auch niedriger in den Städten. Pflege und Ernährung verschlechtern sich eben stets mit der steigenden Zahl der Familienangehörigen. Jeder Volksorganismus wehrt sich gegen Entwicklungen, die zur Überbevölkerung führen. Eine relative, eine gewerbliche Überbevölkerung haben wir zurzeit in Deutschland. Ob diese Überbevölkerung nicht verhältnismäßig leicht durch gründliche Rationalisierungsmaßnahmen, durch Änderung des Bodenrechts und der Bodenbesiedlung und -bewirtschaftung überwunden werden könnte, ist allerdings eine andere Frage. Wenn uns der Weltmarkt nicht durch Zollschranken und ähnliche Hindernisse versperrt wird, ist Deutschland bei vernunftgemäß-zweckmäßiger Regelung der Gesamtwirtschaft nicht überbevölkert. Bei einer rationalen und gemeinsinnig geordneten Wirtschaft braucht auch niemand Not zu leiden.

Die statistischen Zahlen über die Krankheitsverhältnisse sind weniger günstig als die über die Sterblichkeit. Scharlach trat 1925 wieder häufiger auf als vorher, ebenfalls Kindbettfieber, was auf die zunehmenden Abtreibungsversuche zurückgeführt wird. Die Verichte der beamteten Ärzte über Tuberkuloseerkrankung lauten nicht sehr günstig. In einigen Regierungsbezirken Preußens haben die Erkrankungsfälle zugenommen, in Bayern die Erkrankungsfälle der Kinder und Jugendlichen. Bei alten Leuten mehrten sich die Erkrankungen an Krebs und Gehirnschlag und die Selbstmordfälle. Die Selbstmordziffer ist überhaupt seit Kriegsende von Jahr zu Jahr gewachsen. Die ungeheure Verschlebung des Vermögens des Volkes und die damit zusammenhängende vollständige Verarmung weiter Kreise wird die Hauptschuld daran tragen. Das ist ja das Empfindliche, daß wir in Deutschland ganz besonders ungleich am Kriegsverlust tragen, daß er für so viele sogar zum glänzenden Geschäft geworden ist. In allen anderen am Krieg beteiligt gewesenen Staaten besteuerte man scharf die Kriegsgewinne, in Deutschland schaffte man selbst die bescheidene Vermögenszuwachssteuer noch ab. Und gegen falsche Selbstverschönerung zur Einkommensteuer ist man in ganz unbegreiflicher Weise nachsichtig. Das Finanzamt „kann“ dagegen erst einschreiten, wenn der verdächtige Steuerpflichtige „offensichtlich“ jährlich mehr als 15 000 Mk. für sich verbraucht.

Die Geschlechtskrankheiten, die nach dem Kriege sehr zunahmen, haben sich in den Städten im ganzen nicht weiter vermehrt, jedoch wohl auf dem Lande. Syphilis wurde in den Städten kaum noch neu festgestellt, auf dem Lande dagegen wohl. Der Morphin- und der Kokaingebrauch nimmt leider noch weiter zu, neuerdings auch in Kreisen, die nicht zur großstädtischen Lebewelt zu rechnen sind. Die Nervenleiden und psychischen Störungen werden immer noch nicht weniger. Die Herz-, Gefäß- und Blutkrankheiten haben im Jahre 1925 zugenommen, wahrscheinlich infolge des übertriebenen Tabakgenusses. Magen- und Darmkrankheiten wurden erst völlerweise weniger festgestellt. Auch die Herzkrankheiten gingen zurück. Diphtherie und Typhus traten weniger oft auf als vorher. Die Fälle vorzeitigen Kräfteverfalls und Alters-

Gespenster.

Eine Gruselgeschichte von Lui Pipin.

Sie reden drüber im „Gesprenkelten Ohsen“, die älteren Ortsangehörigen, was das damals für eine furchterregende Schreckensnacht war, wie sie ankamen alle drei, direkt von der Landstraße, der große Girgl, sein strammes, furchtloses Weib und der fünfjährige Bub.

So oft der Wirt vorbeigeht am Tisch, nicht er mit dem runden Biergeschüssel und mit geheimnisvoller, Mannern, Männer, das war a Nacht selbighal, a Nacht, eiskalt ist am die Kag überm Büchel ranter, eiskalt.

„Gespenster sollt damals in der Ortschaft angehaunt haben...“ sagt einer gräselig.

So war's. Der diensttuende Gendarm bringt sie also alle drei, die Fremden, den Mann, das Weib, den Bub. Im Ohsen hocken die Ortsregierer. Der Dorfpolizist muß es dem Bürgermeister melden, weil der Gendarm keine Zeit hat wegen dem Sechszehnjährig. Sie warten schon auf ihn.

„Ja, wo soll ich denn die drei Hergeleiteten hinstan, Sakrament nomal!“ schreit der Bürgermeister. Er ist wild, weil er schon drei Colb verpakt hat.

Dafür ist der alte Pfarrer in recht menschenfreundlicher Stimmung, denn er hat schon sechs Köstchen mit einem Gewinn von zwei Mark eckig für sich. Drum sagt er: Bürgermeister, da sei Gott vor, denn arme Christenmenschen muß ma a Obdach gem und a Futter in Gottsnamen.

„Es? Jaus denn überhanpts Christen?“ brüllt der Bürgermeister fuchswild. Der Zippelbauer hat keine Eichel mehr und knurrt und lacht fern Eichelstern.

„Ja, Zippel...“ sagte der alte Friedel, der Ortspolizist, und meint weiter: „Ja halt zerfallenen Siechenhaus, drüber hinstern krummen Schwedenbaum, könnt man die drei doch möglichen lassen?“

„Jesse! Jesse! dort geht's doch um!“ schreit der eine, ein zweiter knurrt: „Ja, jesse denn die bösen Gespenster denn drei es Guck andreha?“ und ein dritter wüffelt: „Gespener macht beim Wandern hinstern den Gebenaten, des granzige Spens, auf Schwedenbaum hinstern gheha... Jesse...“

Dieser Lamenterei macht der Ortspolizist ein Ende, denn der Pfarrer hat ihm eine Watschke versprochen. Also, sagt der alte Friedel zum freunden, hinstern Girgl: „Hast du e Fuch, a Wuff no die Gespenster?“

„J...“ knurrt der Girgl und legt die wortelangen Finger fest am seinen Knotenstrümpf.

„Also, so wird's, auf Gemeindefestern gibt der Wirt drei Bund Stroh, einen Laib Brot und ein Duzend Würste von

der Mehlsuppe her. Und mit diesen schönen Sachen richtet sich der Girgl droben im Gespensterhaus ein Nest für seine Familie ein. Und setzt sich fest.

Der Pfarrer fragt den Girgl: „Was kannst schaffen?“ „Alles“, sagt bescheiden der Prügelskerl.

Bis sich die Ortsbewohner umschauen, sückt der Girgl ihre Pfannen, macht die zerschundenen Regenschirme wieder gut, hämmert ein neues Rad in den alten Schabkatten und bringt es sogar fertig, da und dort ein krankes Stück Vieh wieder auf die Hagen zu stellen.

„A Sakramentskerl is er, alles kann er, was er anjehangt...“ meint der Zippelbauer.

Und der alte Schäfer prophetisiert: „I ma, i ma... der Kerl hats selba mit e Teiff!“ Dann macht er drei Kreuze und schneidet weg und kichert vor sich hin. Es ist aber auch wahr. Was der alles los hat. Jetzt hauniert er gar in den nahen Ortschaften rum mit allerhand Heilmittel fürs Vieh, mit Rosenkranz und Hosensträgern, mit geweihten Geldbenteln aus Goldfischhaut, mit Rosenöl und Bruchbändern und lauter solche Sachen hat er.

Also, kurzum, in ganz Nieder-Schädelhausen herrscht nur eine Meinung: der haunhohe Girgl is a tüchtiger Christenwensch, a Mordskerl, er ko alles und tragt dena Gipsenkerl... Das sagt der alte Friedel und die ganzen Eingeborenen beken es nach. Sogar der Herr Pfarrer. Nur über eins ist sich der alte Prediger nicht klar. Über den Punkt: Ja, warum sind jetzt so nach und nach unsere Tagelöhner, Knechte und Mägde so anspruchsvoll worden? Den Girgl hat der alte Herr wohl im Verdacht, daß er, so gut, wie er die halbe Apotheke in der Stadt auskauft, worüber sogar der widerborstige Viehdoktor lachen muß... grad so gut kann der Girgl allerhand Zeitungen, wo dieses volksanführerische Zeug drinnen steht, heimlich eingeschleppt haben.

Der Pfarrer hämmt sein Haar, das er gar nimmer hat. Wie er das merkt, kragt er seine haaröpolierte Platte. Dabei kommt ihm das Konzept zu einer Kirchenpredigt. Der alte Herr freut sich schon dran. Demen will ich den Himmel verlorzen, brummt er seelenvergnügt. Und er haut den Bankern eine Sonntagspredigt her, daß die männliche Gemeinde im Ohsen sitzt und laßt und die weibliche Gemeinde daheim untereinander Geschichten herfragt von einer Nähmaschine im Warthaus.

Über halt am nächsten Sonntag dran, da hat der Herr Pfarrer die lange Latze vorgesteckt, denn die Kirche ist fast leer. Acht Tage später sind drei, vier alte Weiber aus Neugier da.

Dem Pfarrer wird himmelangst. Zufällig läuft ihm der Girgl in die Hand. Der lacht: „Herr Pfarrer, wenns mir

versprechen, daß zu mir halten, wenn ich Ehn brauch, nachdem is am Sonntag die Kirchen gesteckt voll...“

„Was soll ich tun?“ gibt der Pfarrer klein bei und der Girgl sagt: „Ich brings ferti, mit aner Neutigkeit lauf ich im ganzen Kirchsprengel rum... mei Wort... am Sonntag is die Kirche voll, wie a Heringsfäß... und Sö, Herr Pfarrer, Sö müssen net wieder vor der Kanzel predigen: Ihr Kammel, Ihr Scherrien... ihr kimmt in Himmi, aber sressen kriegt ihr nig, wie a Zwiefelsuppen und Ruhruben... Sö müssen sagen: meine lieben Freunde in Christo, in dem Himmi, wo Ihr einkimmt, da gibts nig wie Bratwurst und Kalbszagen und Schweinsknöchel... Amen.“

Der Pfarrer macht es so. Die ganze Kirchengemeinde jubelt ihm zu. Er ist wieder ihr Abgott.

Der alte Kanzelredner sitzt im Pfarrhaus und qualmt mit seiner langen Pfeife das Studierzimmer so voll, daß er gar nimmer unterscheiden kann, ob seine Köchin, die Kathl, Unterhosen an hat oder einen Busenhalter. Voller Freude genehmigt er sich noch ein Fläschchen alten Rotzpon und lacht: „Hahahaha... a Teiffskerl is er doch... der Girgl, a Teiffskerl... allen Respekt... an dem is a tüchtiger Gemeindegelifflicher verloren gangen... an dem scho... Sakrament nomal...“

Und allfogleich muß die Kathl für die lieben, braven Menschen im Siechenhaus, damit die Gespenster zufrieden sind, einen Korb voll nahrhafter Sachen packen. Der Friedel trägt den Korb hin.

Wie gesagt, die Gespenster im Siechenhaus rühren sich nimmer. Dafür hat sich der Girgl schon häuslich dort eingerichtet und zur höheren Ehre der Ortschaft Nieder-Schädelhausen kommt sein Weib, die stramme Rosl, ins Kindbett. Ein Junge. Nummer zwei.

Der Bürgermeister hat schon lange so einen kleinen Herzensdrehschlegel bereit für den Pfarrer. Dem wirft er in der Stadtratsitzung vor — auch in Nieder-Schädelhausen gibt es Stadträte — daß er dem Teuffelskerl, dem Girgl, die Stange hält, und drum macht sich der fremde Bruder so maunig, daß sein Weib sogar ein kleines Kind kriegt. Und noch einen Schritt weiter geht der Bürgermeister und dringt mit seiner Ansicht durch: weil es nun doch keine Gespenster mehr gibt im Siechenhaus, drum muß der Girgl das Haus pachten oder kaufen.

Am anderen Tag läßt der Bürgermeister den Girgl holen und sagt ihm den Beschluß des Stadtrates lauthalt ins Gesicht hinein. Grad so frohschalt und gaulswürdig sagt der Girgl: „Ich zahl, bald sich ka Gipsenker mehr rühren... und da wird a Vertrag gemacht...“

Die in den ersten Nachkriegsjahren so zahlreich waren, wurden weniger. In der Pfalz trat die typische Augenkrankheit epidemisch unter den Schulkindern auf. Rachitis und Skrophulose nahmen zu. Es zeigt das deutlich, daß es mit der Volksernährung noch sehr mangelhaft bestellt ist. Auch die Denkschrift kommt zu diesem Urteil. Sie macht außerdem auch die Wohnungsnot dafür verantwortlich. Mit Recht. Der Ernährungszustand der Kleinkinder, Schulkinde und Jugendlichen war nach den eingegangenen ärztlichen Berichten wenig günstig. Krankhafte Knochenveränderungen, Rückgratsverkrümmungen, Blutarmut, Muskelschwäche und ähnliche Krankheiten, die auf schlechte Ernährung, schlechte Luft und auf Mangel an gesunder Bewegung hindeuten, traten in einigen Städten in erschreckend großer Häufigkeit auf. Viele Kinder sind wohl in der Entwicklung zurückgeblieben. Es wird oft der Mangel an guter Milch beklagt. Die Milchzuegung ist in Deutschland stark zurückgegangen, ebenfalls die Fleischzuegung, von der Getreidezuegung gar nicht zu reden. Was auf dem Sektor jetzt weniger geerntet wird, muß mehr als vor dem Kriege eingeführt werden. Bei unserer unbefriedigenden Ausfuhr haben wir aber gar nicht die Mittel für die vergrößerte Nahrungsmittelfuhr. Darum sind die Aussichten auf dauernde fähbare Besserung der Volksernährung und Volksgeundheit auch nicht günstig. Wir müssen deshalb erst recht nicht müde werden, immer wieder auf die großen Fehler und Ungerechtigkeiten hinzuweisen, die in unserer Volkswirtschaft bestehen, die aber überwunden werden müssen, wenn wir kulturmäßig weiterleben wollen.

Wirtschaftliches.

Der Verbrauch von Lebens- und Genussmitteln 1926 unter dem Friedensverbrauch.

Im jüngst erschienenen statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich 1927 finden wir die Verbrauchsziffern einer großen Anzahl von Rohstoffen und Verbrauchsartikeln. In Bezug auf den Verbrauch von Lebens- und Genussmitteln zeigt sich auf der ganzen Linie, daß die Kopiquote des Vorkriegsverbrauchs im Jahre 1926 noch nicht erreicht worden ist. Im Erntefuhr 1925/26 ist zwar der Verbrauch von Getreide und Kartoffeln gegenüber 1924/25 nicht unerheblich gestiegen, er blieb jedoch hinter dem Vorkriegsstand noch weit zurück. Einem Vorkriegsverbrauch für Roggen von 153,1 Kilogramm stand ein Verbrauch im Erntefuhr 1925/26 von nur 114,5 Kilogramm gegenüber. Bei Weizen sind die entsprechenden Ziffern für 1913/14 und 1925/26 95,8 und 73,7 Kilogramm, bei Gerste 108 Kilogramm und 57,5 Kilogramm, bei Hafer 128,3 und 85,9, bei Kartoffeln 700,2 und 581,9 Kilogramm. Einem Fleischverbrauch von 52 Kilogramm pro Kopf der Bevölkerung im Jahre 1913 standen 1925: 47,42, 1926: 47,92 Kilogramm gegenüber. Hier zeigt sich selbst gegenüber 1925 keine erhebliche Steigerung. Der Bierverbrauch pro Kopf betrug 1913: 102,3 Liter, 1925: 75,4, 1926: 76,3 Liter. Der Kaffeeverbrauch, der zwar gegenüber 1925 beträchtlich stieg, blieb mit 1,68 Kilogramm pro Kopf hinter dem Vorkriegsverbrauch von 2,44 erheblich zurück. Auch der Verbrauch von Zigarren und ausländischen Gewürzen ist niedriger als vor dem Krieg. Die Genussmittel, deren Verbrauch sich gegenüber der Vorkriegszeit gehoben hat, sind zum Teil Gegenstände des Luxuskonsums, wie Süßfrüchte. Auch der Verbrauch von Kakaobohnen hat sich erheblich erhöht, was dem Entstehen einer großen deutschen Schokoladenindustrie zuzuschreiben ist. Unter den Genussmitteln des Massenkonsums hat der Zuckerverbrauch den Vorkriegsstand überschritten, eine Folge der Preisentwicklung der letzten Jahre.

Die infolge großer Steigerung der Weltproduktion zu einer erheblichen Preislenkung führte.

Ein Jahr internationales Kupferkartell.

Das internationale Kupferkartell wurde im Monat Oktober nach einjährigem Bestand erneuert. Das Kartell, das etwa 94 Prozent der Kupferhersteller umfaßt und außer der amerikanischen auch die wichtigsten ausländischen Produzenten einbezogen hatte, hat sich die Stabilisierung der Preise auf einem erhöhten Stand und die Ausschaltung des Zwischenhandels zum Ziel gesetzt. Es vermochte jedoch keines dieser Ziele durchzuführen. Das Angebot aus zweiter Hand bereitete die Durchführung der Kartellbeschlüsse. Der Grund für den verhältnismäßigen Mißerfolg des Kartells liegt darin, daß es allein die Preise bestimme, ohne die Produktionsmengen festzusetzen. Ja, können die Kartellpreise nur außerhalb der Vereinigten Staaten maßgebend sein. Das amerikanische Trustgesetz erlaubt nämlich weder die organisierte Einschränkung der Produktion, noch die Festlegung von Kartellpreisen für den inneren Markt. Ebenjowenig wollten die belgischen

Der Bau der Freiheit steigt.

Erich Meyer.

Wenn abends Ihr der Kiste Fron entfällt
müht nochmals Ihr die müden Glieder straffen,
und mit am Bau der Freiheit alle schaffen,
auf daß sich eures Lebens Sinn erfüllt.

Dann geht, an einen Bauherrn euch zu wenden,
der weiß verständnisvoll den Bau zu leiten.
Ihm bringt die Klagefelle eurer Leiden
und heißt sie legen auf mit schnellen Händen.

Und wenn vom Mähen eure Stienen glänzen,
besamt sie dann mit frischem Hoffnungsschimmer:
Beharrenden aus ihrem Wallen immer
des hohen Strebens hohe Ziele blänzen.

Schon treten hoch am Firmament voll Pracht
die Sterne an zu dem Vollendungsreigen,
und groß seh' ich den Bau der Freiheit steigen
aus dampfer Qual und Räten unsterer Nacht.

Kartellteilnehmer auf die Steigerung ihrer Produktion in den großen Kupferbergwerken des belgischen Kongos verzichteten. So lange jedoch die Produktion nicht eingeschränkt wird, führt die Durchsetzung der Kartellpreise auf die größten Schwierigkeiten. Da im internationalen Kupferkartell die amerikanische Produktion vorherrschend ist, könnte es allein durch eine Änderung der amerikanischen Gesetzgebung zu voller Wirksamkeit gelangen. Trotzdem gelang es dem Kupferkartell in letzter Zeit sich gegenüber den Händlern durchzusetzen. Das Kartell hat die durch den Handel angebotenen Kupfermengen systematisch aufgekauft und dadurch die Verminderung der Bestände von 38 318 Tonnen auf 15 411 Tonnen innerhalb eines Jahres bewirkt. Seitdem ist dem Handel die Unterbrechung der Kartellpreise auf Grund der Spanne zwischen amerikanischen und europäischen Preisen sehr erschwert. Die Marktdominanz ist für das Kartell trotzdem nicht gesichert, solange es über die Höhe der Produktion nicht zu entscheiden hat.

Internationale Arbeiterbewegung.

Der Niederländische Gewerkschaftsbund im Jahre 1926.

(NVA) Einem vom Niederländischen Gewerkschaftsbund über das Jahr 1926 veröffentlichten Bericht zufolge zählte die holländische freigewerkschaftliche Landeszentrale (NVA) am 1. Januar 1927 196 314 Mitglieder, gegen 189 666 am 1. Januar 1926, was einer Zunahme von 6628 Mitgliedern gleichkommt. Während der Berichtsperiode schlossen sich zwei neue Organisationen an, zwei andere Organisationen verschmolzen sich. Die Anzahl der angeschlossenen Organisationen ist demnach um eine, d. h. auf 27 gestiegen. Von der Gesamtzahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, also auch jener, die zu keinem Bund gehören, waren im Jahre 1926 39 Prozent im Niederländischen Gewerkschaftsbund vereinigt.

Immer noch ist die holländische Gewerkschaftsbewegung in zahlreichen Richtungen gespalten, so daß es zur Zeit nicht weniger als 7 Landeszentralen gibt, nämlich eine freigewerkschaftliche, eine römisch-katholische, eine christliche, eine kommunistische, eine syndikalistische, eine neutrale und einen speziellen Bund der Kopfarbeiter. Mehr als 50 Prozent aller in diesen Bänden organisierten Arbeiter gehören dem Niederländischen Gewerkschaftsbund an. An zweiter Stelle steht die katholische Organisation mit circa 25 Prozent. Die kommunistische Zentrale erfaßt noch nicht einmal 3 1/2 Prozent der organisierten Arbeiter.

Der Gesamtbeitrag der bei den angeschlossenen Organisationen des NVA eingegangenen Beiträge stellte sich im Jahre 1926 auf 4 907 332 Gulden, d. h. auf durchschnittlich 25 Gulden pro Jahr und Mitglied. Das Gesamtvermögen aller angeschlossenen Bünde belief sich Ende Dezember 1926 auf rund 8 050 000 Gulden. Außerdem besitzt der NVA einen Streikfonds von 1 100 000 Gulden. Von den angeschlossenen Verbänden wurden folgende Beiträge verausgabt: für Arbeitslosigkeit rund 3 Millionen Gulden, für Streikunterstützung und Ausperrungen circa 325 000 Gulden und für Krankenunterstützung 365 000 Gulden.

Gewerkschaftliche Nachrichten.

Hermann Silberschmidt †.

Ein im Baugewerksbund hervorragendes tätiges Vorstandsmittglied, Hermann Silberschmidt, ist am 3. Dezember im Alter von 61 Jahren gestorben. Der Verstorbene war auch sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter für den Wahlkreis Magdeburg-Anhalt. Silberschmidt hat kürzlich einen letzten Schlaganfall erlitten, dem ein schwerer Anfall folgte. Daraus ist er nicht mehr erwacht. Seit 1918 war Silberschmidt Sekretär im Vorstand des Deutschen Bauarbeiterverbandes. In den letzten Jahren gehörte er sowohl dem Vorstande des Baugewerksbundes als auch dem des NVA an. Mitglied des Reichstags bzw. der Nationalversammlung war Silberschmidt seit 1912. In Berlin-Köpenick bekleidete er seit 1910 das Amt eines Stadtverordneten. Die Gewerkschaften verlieren in Silberschmidt einen anerkannten Ratgeber, dessen Andenken sie alle Zeit in Ehren halten werden.

Sie suchen die Seele.

Unter Führung des Oberingenieurs Arnold wurde 1925 das Deutsche Institut für technische Arbeitsschulung (Dinta) in Düsseldorf errichtet, das heute als psychologisch-pädagogischer Generalstab eines neuen sozialpolitischen Feldzuges der Unternehmer gegen die Gewerkschaften fungiert. Neuerdings zeigt sich ein besonderer Aufschwung der Dinta-Bestrebungen über die ersten Anfangserfolge hinaus. Erhöhte Wachsamkeit der Gewerkschaftsfunktionäre im Betriebe, der örtlichen und zentralen Verwaltungen der Gewerkschaften ist notwendig, um der weiteren Entwicklung jener unerhörlichen geistigen Einflüsse der Unternehmer auf die Masse der Arbeiter entgegenzuwirken, mit deren Hilfe man den gewerkschaftlichen Geist der Arbeiterschaft zu schwächen beabsichtigt. Es ist deshalb zu begrüßen, daß die Verlagsgesellschaft des NVA, einen vor längerer Zeit erschienenen und in der gesamten Presse viel besprochenen Artikel des Leiters der Berliner Gewerkschaftsschule, Fritz Fricke, in erweiterter Form als eine besondere Broschüre

„Später, später...“ bestimmt der Bürgermeister und schleibt den Birgl zum Loch raus.
 Aber halt, jetzt können die in Niederschädelhausen was erleben. Die Gespenster rächen sich. Sie machen einen solch grauslichen Höllenspektakel, daß sich kein ehrlicher Christenmensch mehr vorbeirauf am verheerzten Haus. Das kracht und wackelt und donnert und brüllt Tag und Nacht. Beim Mondschein baumelt das Henkergespenst hoch am Schwedenbaum hin und her und wirft lange Schafften bis hin zum Gangsteig.
 Beim Pfarrer geht es zu, wie in einem Taubenschlag. Der alte, liebe Himmelwegbereiter schickt alle Beschwerdeführer zu seinem Wusensfreund. Dem werfen die empörten Landleute die Fenster ein und zwingen ihren Bürgermeister, daß er mit dem Birgl ein gutes Wort redet. Der Birgl kommt und sagt hundschnauzig: „Ich bleib nimmer in dem verheerzten Weisterloch.“
 Da legt ihm der Bürgermeister die Schenkungsurkunde hin. Der Birgl kriegt das Weisterloch umsonst.
 Grad drei Tage sinds, da hat der Birgl unterschrieben. Nun geht er ins Pfarrhaus und berichtet dem Herrn Pfarrer, er könne seinem Freund, dem Bürgermeister, melden, es ist alles in Ordnung.
 „Scho recht, hm... aber, wie sieht mit dena Gespenster?...“ fragt bibelernst der Pfarrer.
 „Dß vom Baum hab ich scho vorgestern in Ofen geheckt...“ grinst der Birgl.
 Zuf der Pfarrer die geistreiche Rede: „Birgl, Birgl... aber in der Ortschaft gengen a no andere Gespenster um...“
 Da lacht der Birgl, daß es kracht wie ein Echo: „Die... Herr Pfarrer... ojel... Es manen... oha... dß ist nur a anziges Gespenst... wissens... das rote Gespenst... gut ist das fürs Volk... und es ist doch gar ka Unglück, wenn in Niederschädelhausen bei der nächsten Wahl so a Stückler hundert sozialdemokratische Stimmzettel rauskämen?... a so a Spensst is doch zünfti... gute Nacht, Herr Pfarrer...“
 Und am Heimweg singt der Birgl: „Draußen im Wald, hats a klans Schneela gschneit, drum san mer halt, und doch recht gschneit...“
 Droben vor dem Gespensterhaus bellt der Hund einen schönen Empfang, und wie der Birgl in sein Heim tritt, liegt seine Kose wie ein Blasengel im Bett und daneben die Kinder, im Bettstall, in der Wiege wie zwei gemalte Zuckerstückl.
 In einem solchen Heim gibt es keine bösen Gespenster, nur gute Geister.
 Und so können auch wir mit dem Ausgang der Geschichte einverstanden sein.

Vom „Wesen“ und „Werden“ der „Arbeiterbildung“.

Von Ernst Schmidt, Flatow (Orenzmark).

Die Lösung komplizierter Gegenwart- und Zukunftsprobleme wird von den Gewerkschaften erwartet. Schon Karl Marx sagte, daß der gesellschaftliche Überbau nur verändert werden kann, wenn die Grundbelege, die Ökonomie (die Produktion, die Produktionsverhältnisse) verändert worden sind. Die Produktion ist das Primäre, alles andere, auch der Staat, ist das Sekundäre in der Gesellschaft. Und gerade unsere Zeit gibt diesem Prinzip recht. Die wissenschaftliche Gewißheit des Marxismus bezieht sich auf das Proletariat, aber nur negativ, insoweit es ökonomisch der dialektische Gegensatz der Bourgeoisie ist, positiv dagegen und in voller Geschicklichkeit muß die Bourgeoisie erkannt werden. Also nur dann ist das Proletariat dazu berufen, Träger einer neuen Wirtschaftsordnung zu sein, wenn es die Bourgeoisie bzw. die kapitalistische Gesellschaftsordnung richtig durchschaut und erkannt hat. Soll dieses Durchschauen und die Erkenntnis wirklich erreicht werden, so dürfte es doch gewiß keinem Zweifel unterliegen, daß es nur durch eine intensive Schulung des Proletariats möglich ist. So, wie die Bourgeoisie bemüht ist, durch bessere Bildung sich den Genuß des Daseins zu verschaffen und ihre gesellschaftliche Machtposition zu verteidigen, genau so und nicht anders, darf das Proletariat handeln, wenn es die Sonderstellung der Bourgeoisie durchbrechen will. Das Proletariat steht den bürgerlichen Klassen im Angriff gegenüber. Ziel dieses Angriffs ist zunächst, uns überhaupt erst ein menschenwürdiges Dasein zu verschaffen. In diesem Kampfe fühlen wir, daß uns unser Klassengegner außer in keinen wirtschaftlichen und politischen Machtstellungen auch in der Bildung zunächst noch überlegen ist. Wollen wir als Proletariat die wirtschaftliche und politische Machtstellung der Bourgeoisie durchbrechen, so ist Vorbedingung, daß wir der Bourgeoisie in der Bildung überlegen sind. Dieses haben die Gewerkschaften voll erkannt, indem sie Verbandschulen eingerichtet haben. Außerdem aber auch Höher auf die Hochschule in Linz, ferner auf die Wirtschaftsschulen in Berlin und Düsseldorf und auf die Akademie der Arbeit in Frankfurt a. M. entsenden. Zu wünschen wäre noch, daß manche Spitzenorganisationen diesem Gedanken etwas größere Aufmerksamkeit widmen würden. Ganz schematisch werden im Winterhalbjahre Bildungsarbeiten gesordert. Auch die allerkleinsten Ortsausschüsse veranstalten Bildungsabende. Ja, selbst hier, im schwarzen Ofen der Reaktion, kann diese nicht mehr umhin, für diese Zwecke einen Schulraum zur Verfügung zu stellen. Alle Kollegen, die das Sozialistengesetz mit erlebt haben, strahlen vor Freude über diesen Erfolg. Während des Sozialistengesetzes wurden die Gewerkschaftler als gemeingefährlich verfolgt, heute sind dieselben Behörden gezwungen, den Gewerkschaften für Bildungsbestrebungen Räume und Mittel zur Verfügung zu stellen. Die jetzige Generation nimmt all diese Erfolge als ganz selbstverständlich hin und glaubt sehr oft, daß es auch ohne Zutun so gekommen wäre. Aus diesem Grunde sollte immer wieder der erste Vortragstoff sein „Die Geschichte der deutschen Gewerkschaften“. Und nun komme ich zu dem schwierigsten Problem. Wie machen wir es möglich, das große Heer der Landarbeiter auf eine höhere Bildungsstufe zu bringen? Zusammengefaßt ist die Landwirtschaft noch immer der größte Bereich mit 9 1/2 Millionen beschäftigten Arbeitern. Gewerkschaftlich erfaßt sind

etwa 150 000 Arbeiter. Da drängt sich mit die Frage auf, wird der Deutsche Landarbeiterverband aus eigener Kraft gewerkschaftlich dieses Millionen-Heer durchdringen? Wird es ihm möglich sein, aus eigener Kraft dieses so beranzubilden, was es die von uns erstrebte Wirtschaftsordnung verlangt? Nun ist es aber so, daß ein großer Teil dieses im deutschen Volke aus die Rückständigkeit der deutschen Landwirtschaft zurückzuführen ist, wirtschaftlich und politisch. Hervorgehoben und gefördert durch die Anspruchlosigkeit und Zurückgebliebenheit des deutschen Landarbeiters. Was für Arbeitsmöglichkeiten könnte geschaffen werden, wenn der Landarbeiter unermüdet fordern würde, vor allen Dingen eine menschenwürdige Wohnung. Diese Aufgabe allein würde den ostelbischen Junker zu einer intensiven Wirtschaft zwingen.
 Hier ist wieder das große Jauberwort „Bildung“. In städtischen Wohnungen vertritt sich der Landarbeiter mit Karten spielen die Langeweile in den paar Wintermonaten. Was für ein Segen würde es für die ganze Volkswirtschaft sein, wenn wir dem Landarbeiter durch Bildungsabende die Geschäftsmöglichkeit der Wirtschaft vor Augen führen könnten? Bildung bedeutet Wohlstand. Arbeiterbildung bedeutet Volkswohlstand, ist Wohlstand der Gesamtheit. Und deshalb erscheint mir die Frage der Arbeiterbildung, insbesondere die Bildung des Landarbeiters, so wichtig, sowohl in materieller wie in ideeller Hinsicht.
 Und nun komme ich zu den Kommunisten. Unsere Freunde von links sind stets bereit, uns mit Hoß und Spott zu bedecken, wenn wir die Bildungsarbeit in den Mittelpunkt der Arbeiterbewegung stellen, dann wirft man uns Ablenkung vom Klassenkampf vor, ohne sich oftmals dessen bewußt zu sein, was das Wort Klassenkampf für uns Proletarier bedeutet. Den Kommunisten sollte doch auch bekannt sein, daß die zahlenmäßige Stärke im Klassenkampf nicht ausschlaggebend ist, denn dann stürzte ja schon längst das Proletariat im Besitze der wirtschaftlichen und politischen Macht, sein. Das Schicksal der Arbeiterklasse lehrt uns doch, daß im Klassenkampf außer der Quantität auch die Qualität eine große Rolle spielt. Denn wenn es im Klassenkampf auf die Menge ankommt, dann hätte der Sieg des Proletariats über die Bourgeoisie in den Ländern, die mit einer Revolution aus dem Weltkrieg hervorgegangen, ein vollständiger sein müssen. Alles Befiehende in Grund und Boden zu richten, ist nicht schwer, aber schwieriger und wichtiger ist es, mit der Kritik die Gestaltung, die erneuernde Tat zu verbinden, die neues Leben dort hinführt, wo Verfalltes sich zu behaupten magt. Wie notwendig aber solche Wandlung ist, lehrt uns die Revolution, durch die die Arbeiterklasse wichtige politische Rechte gewonnen hat, die ihr andererseits auch die Verpflichtung auferlegen, an dem notwendigen Auf- und Umbau der bestehenden Gesellschaft teilzunehmen. Ein Verneinen des Bestehenden wäre nichts, sondern Ziele in Vorklag bringen und Wege und Mittel angeben, die zu diesen Zielen hinführen.
 Nicht Bildungsarbeit oder Klassenkampf, sondern Bildungsarbeit und Klassenkampf heißt es. Ich gehe noch weiter und sage, Klassenkampf ohne Bildungsarbeit ist eine Phrasie. Das Ziel der Gewerkschaften ist Wirtschaftsdemokratie. Dieses wird aber erst dann möglich und von Dauer sein, wenn sie getragen wird von echten und überzeugten Wirtschaftsbürgern. Solche zu erziehen, ist Aufgabe unserer Bildungsarbeit.

berausgegeben hat. (Sie haben die Seele.) Die neue psychologische Arbeitspolitik der Unternehmern, 56 Seiten, Preis 60 Pf. Diese neue und beachtenswerte Streiflichter schildert die Wirklichkeit und Stellung des „Dinta“ und der von ihm ausgehenden, planmäßig organisierten, neuen psychologischen Arbeitspolitik der Unternehmern. Sie stellt diese Politik im Zusammenhang mit den neueren sozialpolitischen Entwicklungstendenzen überhaupt. Sie deckt weiter sehr gründlich und genau die machtpolitischen Hintergründe der Dinta-Bestrebungen auf, lüftet deren soziale Maske und zeigt das wahre Gesicht des „Dinta“.

Ein besonderer Abschnitt behandelt die sogenannte Deutsche Volkshochschule in Berlin-Treptow und die nicht ungefährliche aber sehr plumpe nationalistische Bildungsarbeit einer sogenannten deutschen Vereinigung unter der Landarbeiterschaft. In einem Schlusskapitel: „Werksgemeinschaft, Dintazweigung und Gewerkschaften“ werden die gewerkschaftlichen Konsequenzen an diesem Fragenkomplex gezogen.

Die Broschüre ist eine notwendige literarische Erscheinung, und es ist zu empfehlen, daß jeder politische und gewerkschaftliche Funktionär in ihren Besitz kommt, um das neue Kampffeld der Unternehmern und ihre neue Frontstellung genau kennen zu lernen.

Die Rote Fahne

redet in ihrer Nr. 285 vom 4. Dezember 1927 — so wie sie es versteht — über die Lohnbewegungen des Fabrikarbeiterverbandes und speziell über die Bewegung in der chemischen Industrie. Daß nach Meinung der „Roten Fahne“ alles nichts faugt, was der Fabrikarbeiterverband für die Chemearbeiter tut, wissen wir, das braucht sie nicht immer wieder zu drücken. Allerdings, wovon soll denn die „Rote Fahne“ leben. Also, der Fabrikarbeiterverband kann nichts. Da war es doch eine ganz andere Tat, als der an der Unfähigkeit seiner Leitung und der kommunistischen Parteileitung zu Grunde gegangene Industriekombi der Chemearbeiter Tausende von Arbeitern in Ludwigshafen. Höchst und sonstwo auf die Straße jagte, Familien aushungerte, Arbeiter massenhaft ins Gefängnis brachte und sie der Willkür der Unternehmer preisgab. Das waren Heldentaten kranker Hirne oder geistig minderwertiger Menschen unter Aufsicht der „Roten Fahne“. Der Kampf der Gewerkschaftsbureaokratie, sagt die „Rote Fahne“, gilt den Kommunisten. Unser Kampf gilt nebenbei jenen Leuten, die im Hauptberuf Arbeiterfamilien unglücklich machen wollen. Wenn wir die Diktaturlinien der KPD in den für uns zuständigen Betrieben bekämpfen, so deshalb, damit die Arbeiterschaft kampffähig bleibt dem Unternehmertum gegenüber. Lohnbewegungen in der chemischen Industrie werden nicht mehr gemacht von den russischen Studenten der „Roten Fahne“, die Arbeiterschaft hat diese lockeren Vögel längst erkannt.

Berichte aus den Zahlstellen.

Amman. In der Nacht vom 2. zum 3. Dezember brannte die Wäscherei von Mittelbach am Grenzhäuser in Langewiesen nieder. Das Hauptgebäude ist total zerstört, nur kleinere Nebengebäude konnten gerettet werden. Man vermutet als Entstehungsursache Selbstentzündung. Circa 100 Mann sind damit kurz vor Weihnachten drohlos geworden.

Köln-Mülheim. Stiftungsfest und Jubiläumsfeier. Aus Anlaß des 25-jährigen Bestehens der Bezirksgruppe Köln-Mülheim, unserer Zahlstelle, fand am Sonntagabend, dem 24. November 1927, im Saale des Herrn Esser eine Festlichkeit statt mit gleichzeitiger Ehrung der Jubilare. Die Bezirksleitung hatte keine Mühe geliebt, allen Teilnehmern einen frohen und heiteren Abend, gewürzt mit köstlichem Humor, zu bereiten. Die Oratorien der damaligen Zahlstellen waren reichlich vertreten, auch die Jubilare waren erschienen bis auf einen, der durch Krankheit verhindert war. Im Auftrage der Bezirksleitung begrüßte Kollege Preuß die zahlreich erschienenen Gäste und dankte ihnen mit herzlichen Worten für ihr Erscheinen. Nach Aufführung einiger stimmungsvoller Lieder durch das Gesangschor Köln-Mülheim und Vortrag eines Festprologs, vorgetragen von Fr. Preuß, hielt Kollege Herwig die Festrede. Er überbrachte die Grüße des Hauptvorstandes, des Kreisamtes und der Zahlstelle Köln und fand sehr dankenswerte und anerkennungsreiche Worte für die große Tat jener Kollegen, die vor 25 Jahren den Grundstein zur heutigen Zahlstelle Köln des Verbandes gelegt haben. Die Kollegen Haner und Lohr setzten die Gräber der damaligen Zahlstelle, die Wegbereiter für unseren Verband. Mit fast unüberwindlichen Schwierigkeiten hat die Zahlstelle ihr Leben begonnen. Mehrmals wurden die Gräber gemauert, auf schwarze Listen gesetzt und dadurch dem Elend preisgegeben. Überzeugungsstrenge, Disziplin und der Gedanke der Solidarität waren aber stärker als alle Unterdrückungsmaßnahmen der Unternehmer und des Staates. Alle Versuche, die junge Zahlstelle zu vernichten, schlugen fehl, und in ganz kurzer Zeit waren über 20 Mitglieder, schlugen fehl, und in ganz kurzer Zeit waren über 20 Mitglieder vorhanden. Redner ging dann auf die Entwicklungsgeschichte der Bezirkszahlstelle und der Zahlstelle im Allgemeinen ein und dankte den Jubilaren, daß sie 25 Jahre lang dem Verband die Treue bewahrt haben. Anschließend überbrachte Kollege Wirth die Glückwünsche des Hauptvorstandes und dankte den Jubilaren aufs herzlichste. Kollege Bräunlein sprach im Namen der Ortsverwaltung den Jubilaren Dank und Anerkennung aus und überreichte ihnen je ein Diploma. Im Namen der Jubilare dankte Kollege Preuß vom Kreisamt Köln, Herwig, Preuß und Wirth. Er hob besonders den vorbildhaften Zweck der Veranstaltung und das gute Einverständnis zwischen der Ortsverwaltung und dem Kreisamt Köln hervor und schloß mit einem kräftigen Appell an die junge Generation, im Geiste der Alten weiterzuarbeiten. In recht gemüthlicher Stimmung, verbunden mit herzlichem köstlichem Humor, fand die durch ein längeres verschiedenes Feiern in den Morgenstunden ihren Abschluß. P. Herwig.

Essen. In der Mitgliederversammlung zu Ehren der Jubilare hatte Kollege Gilmann von der Leitung in Hamburg die Festrede überbracht. Er überbrachte den Glückwunsch des Hauptvorstandes und der Zahlstelle. Er betonte, daß es schon etwas bedauerlich sei, daß man 25 Jahre lang immer noch denselben Jost hat. Im Jahre 1899 wurde man auch in Essen den Versuch, eine Organisation der ungelohnten Arbeiter zu gründen, denn gerade diese Berufsgruppe war es ja, die sehr vernachlässigt worden war. Sie ist die Organisation zu gewinnen, was mit sehr viel mehr Erfolg erzielt werden kann als bei den handwerklichen Berufsgruppen. Im Anfang ist es, als wenn die Gründung der Zahlstelle nicht geschehen wäre. Am 6. August 1899 fand in Essen eine Versammlung der Hamburger Kollegen eine offizielle Bestätigung im Saale des Herrn Esser statt, wo die Gründung beschlossen wurde. Trotz der damaligen schlechten Verhältnisse konnte man den Versuch bei den Kollegen bestehen lassen. Nach je haben für ihre Kollegen anderwärts etwas über und zahlen ihren Beitrag, aus dem Parteifunktionäre heraus, einzuweisen. Aber wir haben auch Rücksicht zu haben, so wie im Kampfe auch westliche Erfolge erzielt haben. Wir sind in der Lage, heute zu sagen. Es waren hatten wir 619 Subskribenten in 710 Briefen mit 20000 Arbeitern und 116000 Arbeiterinnen. Von 27000 Personen waren über 25000 organisiert. Es war also die Zahl der Mitglieder eben so groß als die Zahl der Mitglieder, die für die Bewegung auch Opfer gebracht hatten. Für den einzelnen Beteiligten betrug die Erhaltung 24 Mk. die Höhe. Bei Würdigung der Frage sollte es eigentlich Dankschreiben nicht geben. Aber auch das Zer-

wesen, der Urlaub, die Einführung der Arbeitsgerichte, und der heutigen Arbeitslosenversicherung, wo der einzelne nicht mehr als Bittender um seine Unterstufung nachzusuchen braucht, wie auch die Einrichtung der Arbeiterwohlfahrt sind Erfolge, die unter großer Mitarbeit unsererseits erreicht sind. Alle diese stille Arbeit fest sich aus Jahrzehnten von Jahren zusammen. Mögen unsere Jubilare, die mehr als 25 Jahre die Treue bewahrt haben, dies auch fürderhin tun, und möge den Jüngeren dies zur Nachahmung dienen. Alsdann begrüßte Kollege Lemmermann die Anwesenden und die Jubilare und überreichte den Jubilaren ein Diplom mit Blumen. Er ermahnte die Anwesenden, auch ferner treu zur Fahne zu halten und wünschte, daß unsere Jubilare uns noch lange erhalten bleiben, denn auch sie waren von dem Gedanken befeuert, daß nur durch Geschlossenheit und langjährige Mitgliedschaft Erfolge erzielt werden können. Das Programm war durch Musikstücke ausgefüllt, und man verweilte noch einige Stunden in gemüthlichem Beisammensein.

Mesbach. Der Ortsname Mesbach ist durch die Journalistik des Mesbacher Anzeigers „berühmt“ geworden. Daß diese Presse „erzleberisch“ gewirkt hat, erleben wir aus Zuschriften an den Hauptvorstand unseres Verbandes, in denen ein gestörter Schmerz über die Funktionen der Soz. Partei und unseres Verbandes auf ganz gemeine Weise beschimpft. In welchem Lager der Würde steht, ist nicht schwer zu erraten. Dieser Feigling hat nicht den Mut, für seine Gemeinbeuten einzutreten, und so unterzeichnet er in Ermangelung eines eigenen guten Namens mit dem Namen eines anständigen Kollegen. Pfaul Teufel vor solch einem Subjekt.

Rundschau.

Welcher Jammer.

In Reichsverband vaterländischer Arbeitervereine ist Krach. Die Führer dieses Verbandes, die deutschnationalen Landtagsabgeordneten Schmidt und Wiedemann, liegen sich in den Haaren. Schmidt ist Vorsitzender, Wiedemann Kassierer des Verbandes. Wiedemann interessierte sich vor allem für die Vorschusspraxis. Darauf ordnete Schmidt an, die Kassendbücher und Belege dem Kassierer nicht mehr zur Mitnahme einzuhändigen. Es kam zu einem Riesenkrach, dessen Ende der Ausschluß Wiedemanns und ein Rattenkönig von Prozessen ist. Das Bundesorgan, die „Deutsche Werksgemeinschaft“, deren Nummer 48 vom 4. Dezember 1927 eine Sonderausgabe zwecks Diskreditierung Wiedemanns ist, berichtet über folgende Verfahren:

1. eine Beleidigungsklage von Angestellten der Reichsgeschäftsstelle, da er dieselben mit „elende Kreaturen“ und „feiges Gefindel“ beschimpft hat,
2. eine Klage einer Druckerlei wegen Beleidigung, da er dieser vorwarf, Schmiergelber zu zahlen,
3. eine Strafanzeige wegen widerrechtlicher Entnahme einer Schreibmaschine aus der Geschäftsstelle des KRA,
4. eine Klage Schmidt/Heß gegen den Buchdrucker Schneider wegen gröblicher Beleidigung erpresserischer Art.

Die „Deutsche Werksgemeinschaft“ quält sich fast in jeder Nummer, die Schlechtigkeit der freien Gewerkschaften nachzuweisen, und jetzt ist sie wie Orpheus im Faust selbst der Sünde bloß. Man liest in dieser Nummer 48 gar nichts von den gewohnten Anwürfen. Ja ja, selbst reinigen, wenn's auch schwer wird.

Gibt es wirklich einen solchen Menschen?

In der „Frankfurter Zeitung“ Nr. 900 vom 3. Dezember 1927 berichtet Friedrich Wurschell über einen derartig kraffen Fall von Gefühllosigkeit, daß man beim Lesen der Notiz zu der Auffassung neigt, ein geistig normaler Mensch könne unmöglich solche anfehlische Erkrankung weisende Gefühle entwickeln. Wurschell schreibt unter anderem:

In Kostock fand dieser Tage der Ortspräsident Schumann vom Gut Volkshagen in Mecklenburg vor Gericht. In der Schnitterkammer des Gutes war die Familie eines Erntearbeiters, Mann, Frau und vier Kinder, untergebracht. Als die Frau schwer erkrankte und nicht mehr fähig war, die harte Schnitterarbeit zu verrichten, kündigte der Pächter der künftigen Familie die Unterkunft. Der arme Schnitter blieb, weil er in seiner Not und der Eile nicht wußte, wohin mit der schwerkranken Frau und den vier kleinen Kindern. Der Pächter ließ ihnen die Betten wegnehmen. Der arme Schnitter blieb auch ohne die Betten. Der Pächter ließ ihnen den Ofen wegnehmen und einen Topf, das einzige Geschirr, das sie zum Kochen hatten.

Wunderrige Seelen fanden sich, die der bedrängten Familie einen Ofen liehen, auf dem sie wieder kochen konnten. Der Pächter aber befehl seinem Inspektor das magere, vom Mitleid möglich gemachte Essen der Armen, auf das sie sich freuten, soweit eine Fremde für sie noch möglich war, vor den Augen der Kinder wegzuschütten. Und der Inspektor tat es aus Furcht, seine Stellung zu verlieren. Doch er tat es widerstrebend und zeigte es auch. Dieser Mann wurde für sein halbes Benehmen doppelt bestraft. Der Pächter entlich ihn auf der Stelle, und das Gericht verurteilte ihn außerdem zu einer Geldstrafe von 10 Mark.

Der Pächter wurde auch verurteilt, man nannte sein Vergehen Missetat, und mit einer Summe von 200 Mark, leichter von ihm verschwert als ein Rückenpfeil, war die märchenhaft schreckliche Gemeinheit gesühnt und der üblichen Gerechtigkeit aus neue glänzende Genüge getan.

Noch einmal: Gibt es wirklich einen solchen Menschen?

Die „Süddeutsche Sonntagspost“.

Sie erscheint in München im ersten Jahrgang. Einschließlich Lebens- und Unfallversicherung kostet dieses Blatt monatlich eine Mark. Wie ein Kollege mitteilt, wird diese Zeitung in Arbeiterkreisen, besonders in den Landorten, viel gelesen. Hier eine kleine Probe aus dem Inhalt. In ihrer Nummer 48 vom 27. November 1927 schreibt dieses Blatt:

Max Mayer, der bekannte Weimarer Hochschullehrer stellt die folgende interessante Frage: Fünf Millionen Arbeiter in Deutschland nehmen nicht mehr als 32 Pf. pro Stunde ein, genügend viele Häuser zu bauen wäre ohne weiteres möglich, wenn man sich dieser Arbeiter bedienen würde; aber Bauarbeiter muß man dreimal so hoch bezahlen. Warum soviel unnützes Mühen für das ganze Volk? Wemiel Grundfehler der öffentlichen Organisation müssen da erst ausgeräumt werden?

Abgesehen von der naiven Auffassung des genannten Professors muß man sich fragen: Wie ist es möglich, daß Arbeiter solch eine Zeitung lesen und finanziell unterstützen. Das Blatt bringt den jüdischen Satz nicht nur in einem Artikel, sondern außerdem noch einmal in Fettschrift und dick eingeraubt. Das heißt der Herausgeber, bzw. die Redaktion, billigt und unterstreicht die Notwendigkeit von Hungerlöhnen.

Daß die „Süddeutsche Sonntagspost“ ihre Leser als geistig arm einschätzt, erlebt man aus einem Artikel mit der Überschrift: „Das Phänomen der eingebauten Hände“. Ein Vortrag zur Frage der Erschließung von Verstorbenen. Es wird da auseinandergelegt, daß wiederholte Tote erschienen sind und um Hilfe zu ihrer Erlösung gebeten haben. Heilige Einfalt.

Film und Lichtbild als gewerkschaftliche Bildungsmittel.

Einen neueren Ford Film führt der Ingenieur W. G. Dienes, Barmen-R., Schillerstraße 18, vor. Nach den Urteilen, die uns über den Film zugegangen sind, ist die Vorführung desselben in Gewerkschaftskreisen zu empfehlen. Anfragen sind an die vorstehende Adresse zu richten.

Technische Filme, zugleich in Verbindung mit fesselnden Naturaufnahmen (Holz- und Erzgewinnung u. a.) in größerer Auswahl bietet an die „Bundesfilm-A.G.“ in Berlin W 82, Kurfürstenstraße 53.

Die kulturelle Filmfolge besteht sich ein Filmzyklus, der vom Institut für Kulturpolitik, Berlin W 8, Jägerstraße 17, herausgebracht wird. Der Film „Schaffende Hände“, den das Institut hergestellt hat, hat in allen Kreisen ungeteilten Beifall gefunden. Anfragen an die genannte Adresse.

Der Reichsverband Kulturfilm bietet eine Anzahl sehr interessanter Landschafts- und sonstiger Kulturfilme zu annehmbaren Bedingungen an. Anfragen sind zu richten nach Berlin, Schloß Bellevue.

Gastwirte als Erzieher.

Auf dem kürzlich abgehaltenen 52. Deutschen Gastwirtentag erklärte nach einem Bericht der „Düsseldorfer Volkszeitung“ Verbandspräsident Köster unter lebhaftem, anhaltendem Beifall folgendes: „Und so ist der deutsche Gastwirt mehr noch als der Schullehrer und der Geistliche der Erzieher des Volkes. Wir deutschen Gastwirte haben erst manchen von diesen Herren erzogen!“

Nicht wenige „Jünglinge“ der Gastwirte findet man in Krankenhäusern, Irrenanstalten und Gefängnissen, andere vorzeitig auf den Friedhöfen.

Literarisches.

„Arbeiter-Sprachzeitung.“ Das zweite Heft dieser sozialistischen Monatschrift, herausgegeben von S. Fuchs, dem Leiter der Sprachschule der Arbeiter und Angestellten Groß-Berlins, ist soeben erschienen. Neben Artikeln sprachwissenschaftlicher Natur enthält das zweite Heft die Rubrik „Englisch für Anfänger“ und „Englisch für Vorgesessene“. Fremdsprachige Texte (mit deutscher Erklärung) aus englischen Partei- und Gewerkschaftszeitungen dienen zur Belehrung und Unterhaltung. Der Abschnitt „Hauptwörterlichkeiten in der deutschen Sprache“ ist in dem vorliegenden Heft erweitert worden. — Der Preis der 24 Seiten starken Zeitschrift beträgt für das Vierteljahrsabonnement (3 Nummern) 1 Mk. Bestellungen sind zu richten an die „Arbeiter-Sprachzeitung“, Berlin W 57, Jüterbostr. 6a.

„Lindbergh über seinen Flug.“ Ein geschmackvoll ausgestatteter und reich bebildeter Brockhaus-Band (2,80 Mk.) mit dem Titel: „Wir zwei im Flugzeug über den Atlantik“ liegt vor uns. Lindbergh schildert sein Fliegerleben. Einfach, unbekümmert, manchmal beinahe jugendlich, aber immer bescheiden und sehr sympathisch, erzählt er, wie er da oben in den Lüften schwebte, wie ideal die Freundschaft zwischen den Piloten ist, da es für sie keine Entfernungen gibt, und daß dieser letzte Umstand doch für den Umgang zwischen den Menschen recht wichtig sei. Dann berichtet er über seinen Ozeanflug. Er erinnert an eine Stelle aus Friedrich Schillers „rauschvollem Nibelungen Abenteuerlust“: „Wir brauchen euch, junge Freunde, deren frische Augen scharf sind, einfache und grundlegende Dinge zu erfassen, euch, die ihr bereit seid, neuen Spuren zu folgen, das Wagnis zu laufen und dem Unbekannten die Stufen zu bieten.“ Bezugsnehmend für die „selbstverständlichen“ Art dieses Pioniers der Lüfte ist auch die Vorgeschichte seines Buches. Es war ursprünglich einem Literaten „in Auftrag gegeben“ worden, der Lindy sich nicht getraute, ein Buch zu schreiben. Der Mann machte begreiflicherweise eine Art Heldengeschichte daraus, dem der bescheidene Lindbergh dann auch prompt sein Imprimatur verweigerte. Beinahe wäre aus dem Ozeanbuch nichts geworden. Erst als ihn Tausende von Telegrammen und Briefen aus ganz Amerika und vielen Teilen der übrigen Welt zum Schreiben drängten, gab er sich besiegelt — und man kann sich darüber freuen! —

Die lokale Reportage. In der soeben erschienenen Nummer 11 des „Wahren Jakob“ lesen wir:

Der Großherzog von Reich-Schleitz-Kannersdorf-Lichtenfels hatte einen Mann mit seinem Auto überfahren. Der Lichtenfelder General-Anzeiger schickte einen Reporter zu dem überfahrenen ins Krankenhaus. „Können Sie sich erheben?“ fragte der Reporter den Patienten. „Nein.“ Danke, das genügt!“ türnte der Reporter. Am nächsten Morgen las man im Lichtenfelder General-Anzeiger: „Wie wir zu unserer Freude erfahren, wurde der von dem Auto seiner königlichen Hoheit des früheren Großherzogs von Reich-Schleitz-Kannersdorf-Lichtenfels überführte Mann nach seinen eigenen Aussagen nur unerheblich verletzt.“

Kulturwille Nr. 12, 4. Jahrgang. Wo keine Möglichkeit besteht, den Kulturwille durch die Volksbuchhandlungen zu beziehen, genügt Bestellung beim Postamt des Wohnortes. Jahresabonnement 3 Mk., Einzelnummer 30 Pf. Der Verlag versendet auf Wunsch gern Probennummern.

„Lachendes Volk“, Humor in Vers und Prosa. Zusammengefasst von Walter Eschbach und W. Hofmann. 299 Seiten. Kartonniert 3 Mk., Ganzleinen 4 Mk. Arbeiterjugend-Verlag, Berlin SW 61.

Der Arbeiterjugend-Verlag legt ein Buch vor, an dem man seine volle Freude haben kann. Von allen bisher veröffentlichten Humoransammlungen unterscheidet sich das Buch durch seine soziale Note. Politischer Humor wechselt mit beißender Satire und humorigen Schmunzeln. Von älteren und neueren Humoristen und Satiristern sind vertreten Heine, Glahrenner, Kopisch, Reuter, Thomas, Wendel, Löns und viele andere.

Ein derartiges Buch schenke uns schon immer. Es zwingt uns zum befreienden Lachen. Deshalb sollte es in keiner Bücherei, in keiner Hausbibliothek fehlen.

Nehmt das „Lachende Volk“ als köstliches Geschenk; es ist geeignet, über die Schwere des Alltags und des Kampfes ein befreiendes Lachen anzulösen. Zu beziehen durch jede Buchhandlung.

Beilage zum Proletarier

Nummer 51

Hannover, 17. Dezember 1927

36. Jahrgang

Aus der Industrie

Chemische Industrie

Beobachtungen über Berufserkrankungen in der Abteilung für Gewerbekrankheiten des Kaiserin-Augusta-Viktoria-Krankenhauses in Berlin-Lichtenberg.

Der leitende Arzt der Abteilung für Gewerbekrankheiten im Kaiserin-Augusta-Viktoria-Krankenhaus in Berlin-Lichtenberg, Dr. Baader, veröffentlicht in der neuesten Nummer des Zentralblattes für Gewerbephygiene und Unfallverhütung einen Bericht über die Gründung und Entwicklung der Abteilung für Gewerbekrankheiten und die gemachten klinischen Beobachtungen. Die Abteilung für Gewerbekrankheiten ist von Dr. Baader eingerichtet worden. Im Mai 1925 wurde durch Erlaß des Preussischen Ministers für Handel und Gewerbe auf diese Abteilung aufmerksam gemacht und den Gewerbeaufsichtsbeamten und Gewerbemedizinäraten empfohlen, die Einrichtung zu besichtigen und durch rege Mitarbeit zu unterstützen. Diesem Vorschlag wurde vom Preussischen Wohlfahrtsministerium zugestimmt und erneut auf die Wichtigkeit aufmerksam gemacht, da infolge der Ausdehnung der Unfallversicherung auf gewerbliche Berufserkrankungen dieser Einrichtung große Bedeutung zukommt.

Der Unfall wurden durch den Landesgewerbearzt, den Versicherungsämtern, den Reichsbahndirektionen Berlin und Königsberg i. Pr., den Berufsvereinigungen und den Betriebskrankenkassen Patienten überwiesen, die zwar überwiegend in Groß-Berlin ihre Arbeitsstätte hatten, aber auch aus den Provinzen Brandenburg, Sachsen, West- und Ostpreußen, Schlesien und Pommern kamen. Neben der Behandlung erkrankter Personen ist auch eine Beratungsstelle für Gewerbekranke angegliedert, deren Sprechstunden werktäglich von 12—1 Uhr stattfinden. Viele Kassen- und Fabrikärzte und auch die Betriebsleitungen der Firmen sandten verdächtige Patienten mit der Bitte um Befundbericht. Nachdem die Beratungsstelle auch in Arbeitnehmerkreisen bekannt geworden ist, wird sie viel von Angehörigen der verschiedensten Arbeitszweige aufgesucht.

Der Leiter der Abteilung, Dr. Baader, fand Gelegenheit, in enger Zusammenarbeit mit den zuständigen Gewerbeärzten und mit den Gewerbemedizinäraten über 50 Betriebsbesichtigungen vorzunehmen. Die Besichtigungen erfolgten auf Grund von Anfragen, Krankheitsmeldungen oder aus wissenschaftlichen Forschungsgründen. Dadurch wurde es dem Leiter ermöglicht, den Krankheitsursachen an Ort und Stelle nachzuspüren. Günstig auf die Erweiterung seiner Kenntnisse und Beurteilung der Krankheitsursachen wirkten sich auch Forschungsreisen nach Südpazifik und Italien im Gebiet der Quecksilberminen aus.

Interessante Einblicke für Art und Umfang vorkommender Gewerbekrankheiten gewährten die klinischen Beobachtungen. Danach stellen die chronischen Bleivergiftungen das Hauptkontingent der Berufskranken. Besonders zahlreich waren die Vergiftungen aus den Berliner Akkumulatorenfabriken und aus den Bleihütten. Auch bei Bleigießern und Bleilöttern wurden ziemlich häufig Vergiftungen beobachtet.

Wetress der Bewertung der Gefahren des Bleilötens stimmt Dr. Baader den Ansichten des Landesgewerbearztes Dr. Gerbis bei, der den Einwand nicht gelten läßt, daß Bleilötter nicht gefährdet seien oder an einer Vergiftung selbst Schuld tragen sollen, weil der Verdampfungspunkt des Bleies über dessen Schmelzpunkt liegt.

In der chemischen Industrie bestreitet man die Möglichkeit einer Bleivergiftung bei Bleilöttern, wenn die Bleilöter die vorgeschriebene Reinlichkeit genau befolgen. Professor Dr. Curschmann ist der medizinische Vertreter dieser Auffassung, trotzdem Regierungsrat Dr. Engel im Reichsgesundheitsamt in eingehender Untersuchung die Vergiftungsgefahr bei Bleilöttern festgestellt und diese Feststellung im Heft 13 der Schriften aus dem Gelamgebiet der Gewerbephygiene veröffentlicht hat und nunmehr auch Dr. Gerbis und Dr. Baader als berufene Mediziner dieser Ansicht beipflichten.

Wichtig sind auch die Angaben Dr. Baaders, daß der als bekannt vorausgesetzte Bleisaum ungemein häufig verkannt wird. Die Feststellung von Bleisaum läßt sich nicht durch Untersuchung der Vorderseite des Zahnfleisches allein ermöglichen, es müssen vielmehr auch die Zahnfleischzwischenpartien zwischen den Zähnen und auf der Innenseite untersucht werden. Der Bleisaum beschränkt sich aber nicht nur auf das Zahnfleisch, wird vielmehr auch auf der Zunge an der Innenseite der Wangenschleimhaut, an den Lippen und am weichen Gaumen wahrgenommen. Aber das Blutbild Bleierkrankter wird nichts wesentlich Neues gesagt. Dr. Baader hat aber festgestellt, daß die schmerzhaften Bleikolikern sich nicht nur auf den Darm beschränken, sondern auch den Magen befallen.

Daß durch Bleivergiftung Schrumpfnieren entsteht, wird häufig angezweifelt. Dr. Teleky steht auf dem Standpunkt, daß es eine Bleischrumpfniere gibt, ebenso vertritt Regierungsrat Dr. Engel diese Ansicht. Dr. Baader hat in seinem Krankenhaus drei Fälle sicherer Bleischrumpfnieren festgestellt. Dr. Baader stellt auch fest, daß durch zunehmenden Kräfteverlust, hervorgerufen durch Bleivergiftung, Todesfolge bei einem 60jährigen Bleihüttenarbeiter eintrat. Auch ein Fall feuchten Brandes an zwei Zehen eines 31jährigen Malers durch Bleivergiftung wurde festgestellt.

Ein 40jähriger Hutmacher kam an starker Quecksilbervergiftung in das Krankenhaus. Er mied Quecksilber am Zahnfleisch, an den Lippen und an der Wangenschleim-

haut auf, der vom Bleisaum nicht zu unterscheiden war. Die Vergiftung wirkte sich als Zitterkrankheit aus, die die gesamte Körpermuskulatur befallen hatte. Aber auch ein Fall akuter gewerblicher Quecksilbervergiftung, der außerordentlich selten ist, wurde festgestellt. Es handelt sich um einen 37jährigen Mechaniker, der Manometerröhren mit Quecksilber zu füllen hatte. Nach vier tägiger Arbeit erkrankte er an Kopfschmerzen, Erbrechen, Hautentzündung, Mundentzündung mit Speichelfluß und war mehrere Wochen bettlägerig.

Schwefelkohlenstoffvergiftungen wurden im Krankenhaus vier beobachtet und behandelt. Es handelte sich um eine Vulkanisiererin in einer Gummiwarenfabrik, die an Ameisenkrabbeln, Überempfindlichkeit der Fußsohlen, Schwäche der Arme, Absterben der Fingerspitzen, teilweiser Lähmung der Oberschenkel und Fußstreckter, starken Kopfschmerzen und Hemmungen im Denken und Sprechen litt. Ein Monteur hatte beim Legen von Schwefelkohlenstoffleitungen für eine Kunstseidenfabrik Kopfschmerzen, Ubelkeit und Schwindelanfälle erlitten. Ein Gummiarbeiter hatte bei einem Fabrikbrand größere Mengen Schwefelkohlenstoff eingeatmet. Zwei Wochen später meldete er sich wegen allgemeiner Mattigkeit, Kopfschmerzen und Gefühllosigkeit in den Fingern krank. Als er vier Monate später der Abteilung überwiesen wurde, konnte noch Überempfindlichkeit an allen Fingerspitzen festgestellt werden. Im letzten Falle handelte es sich um einen Museumsaufseher, der Museumsstücke mit Schwefelkohlenstoff desinfiziert hatte. Von dem leitenden Chemiker der Museen wurde dem Aufseher wiederholt versichert, daß Schwefelkohlenstoff unschädlich sei. Der Erkrankte erlitt schließlich einen Blutzucker und als Folgezustand entwickelte sich eine schwere Neurasthenie.

Akute Kohlenoxydvergiftungen bei Unglücksfällen wurden des öfteren beobachtet. Mehrfach traten chronische Folgezustände der akuten Vergiftungen ein, bei einem Werkzeugwärter z. B. Herz- und Lungenbeschwerden, die zur Invalidität führten. Es wird von den Ärzten hart umstritten, ob chronische Kohlenoxydvergiftungen möglich sind. Dr. Baader berichtet, daß er eine einwandfreie chronische Kohlenoxydvergiftung festgestellt hat.

Ein 56jähriger Arbeiter einer chemischen Fabrik wurde durch Brommethyl infolge Platzens eines Zuführungsrohres vergiftet. Es traten schwere Gehstörungen, Krämpfe und Verwirrheitszustände ein, und eine Entzündung des Herzens führte schließlich zur Invalidität des Arbeiters. Auch in der Beratungsstelle wurden leichtere Gehstörungen bei zwei Brommethylarbeitern festgestellt, die mit einem parfümierten Brommethyl enthaltenden Feuerlöschmittel gearbeitet hatten.

Mehrere Erkrankungen durch Einatmen von Trichloräthylen wurden beobachtet. Diese Vergiftungen führen häufig zur Erblindung. Auch Bewußtseinsstörungen, ja Todesfälle wurden beobachtet. Unablässig des Platzens einer Trichloräthylenbombe wurden drei Arbeiter bewußtlos im Tri-Raum aufgefunden und konnten bereits am zweiten Tage beschwerdefrei entlassen werden. Dr. Baader schreibt, daß dieser übliche günstige Ausgang akuter Trichloräthylen-schäden vermutlich dazu geführt hat, die Gefahr einer chronischen Einatmung gering zu erachten. Im weiteren Verlauf schildert Dr. Baader gewerbliche Hauterkrankungen, Vergiftungen durch aromatische Nitrokörper usw. Die Krankheitsbilder sind uns in der chemischen Industrie geläufig.

Wir sind aber erstaunt über die Fülle der in diesem Institut zur Behandlung gekommenen gewerblichen Erkrankungen. Im allgemeinen wird die Häufigkeit gewerblicher Erkrankungen bestritten. Die verhältnismäßig große Zahl der auf engem Gebiet wirkenden Abteilung für Gewerbekrankheiten des Kaiserin-Augusta-Viktoria-Krankenhauses spricht jedoch dafür und bestätigt damit unsere Auffassung, daß Gewerbekrankheiten recht häufig vorkommen und weit verbreitet sind. Im übrigen gebührt Dr. Baader für die Einrichtung und emsige Forscherarbeit in dieser Abteilung großer Dank. Zur Erforschung und Verhütung von Berufskrankheiten wird dieses Institut seine Aufgabe erfüllen.

V. Haupt

Tarifstreue eines Unternehmers.

Die Firma Chemische Fabrik Ergolding A.-G. in Ergolding bei Landslut kann den Fabrikarbeiterverband nicht leiden, weil dieser auf tarifliche Ordnung sieht. Das seitens des Fabrikarbeiterverbandes mit ihr abgeschlossene Abkommen, welches ihr gegenüber dem für die chemische Industrie geltenden Tarifvertrag Vergünstigungen einräumt, war ihr von Anfang an eine verhasste Bindung und so suchte sie sich ihrer zu entledigen. Wem Recht und Gesetz nicht heilig sind, der findet einen Weg, sich über solche Einrichtungen hinwegzusetzen. Jedes Mittel dazu ist gut genug. So wurde die Gesellschaft eines schönen Tages stilllos aufs Pflaster gesetzt, obwohl für den Betrieb 14tägige Kündigung besteht.

Die Arbeiter wurden also — Recht und Gesetz verhöhrend — brotlos gemacht. Wissend, daß sich ringsherum keine Arbeitsgelegenheit findet, rechnete die Firma damit, daß bittere Not die Arbeiter schon so müde machen würde, um sich jedem Schmach- und Schandvertrag zu unterwerfen. Die Firma hatte sich nicht verrechnet. Alle, mit Ausnahme des Betriebsobmannes, den man nie wieder einstellen will, weil er nach Auslage eines Aufschubrates, der ein frommer Bauer ist, die Arbeiter im Betrieb aufbehalten hat, kamen und unterwarfen sich dem nachstehenden Vertrag.

Arbeits-Vertrag

zwischen dem Arbeitgeber, d. i. die Firma Chemische Fabrik Ergolding A.-G., Ergolding, einerseits, und dem Arbeitnehmer A. A. andererseits. Die Firma Chemische Fabrik Ergolding A.-G., Ergolding, stellt hiermit den Arbeiter A. A. in ihren Betrieb als Arbeiter ein. Der Arbeitnehmer verpflichtet sich zu einem Lohn von 0,58 Mk. (Tariflohn 61 Pf. Die Gantelung), in Worten — Achtundfünfzig Reichspfennig — pro Arbeitsstunde zu arbeiten. Die Arbeit kann zu diesem Lohn von morgens 6 Uhr bis abends 6 Uhr, unter Einhaltung einer entsprechenden Mittagspause ausgeteilt werden. Für Heizerarbeit, die vor morgens 6 Uhr ge-

leistet wird, wird ein Lohn von 0,88 Rentenmark (Achtundsechzig Reichspfennig) pro Stunde gezahlt. Für Arbeiten, die von einzelnen Arbeitern nach 6 Uhr abends geleistet werden, erhalten die Arbeiter einen Lohn von 0,80 Rentenmark (Achtzig Reichspfennig) pro Stunde. — Der Arbeitnehmer ist verpflichtet, bevor er den Betrieb verläßt, alle notwendigen Aufräumungsarbeiten zu verrichten. Hierzu gehören auch alle notwendigen Arbeiten im Härte- und Trockenraum. — Der Arbeiter darf keiner Organisation, bzw. Verband angehören. Alle von einem Verband erwirkten Lohnerbhöhungen sind für den Arbeitgeber, als der Chemischen Fabrik Ergolding A.-G., Ergolding, nicht maßgebend. Eventuelle Lohnerbhöhungen sind freie Sache des Arbeitgebers. — Rechtlich ist dieser hierzu nicht verpflichtet. — Das Rauchen ist während der Arbeitszeit in sämtlichen Betriebs- und Fabrikräumen verboten. —

Wenn der Arbeitnehmer gegen obige Bestimmungen verstößt, ist der Arbeitgeber berechtigt, ersteren, also den Arbeitnehmer, sofort stilllos zu entlassen.

Die Vertragschließenden erklären durch Unterschrift ihr Einverständnis zu sämtlichen Bestimmungen des Arbeitsvertrages. — Beide Teile erhalten eine Ausfertigung des Vertrages.

Ergolding, den 2. November 1927.
Der Arbeitnehmer: Der Arbeitgeber:
Chemisch. Fabrik Ergolding
A. A. Gesellschaft
Wimmer.

Geduld, das letzte Wort ist noch nicht gesprochen.
A. W.

Zusammenarbeit zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern der Chemischen Industrie Großbritanniens.

Die britische „Imperial Chemical Industries Limited“ hat ein Programm zur Förderung der Zusammenarbeit zwischen Leitung und Personal aufgestellt. Das Programm beruht auf folgenden Grundsätzen: direkte Beziehungen zwischen der Leitung und dem Personal, bessere Arbeitsbedingungen und größere Sicherheit der Beschäftigung, Gewinnbeteiligung des Personals, Unterrichtung des Personals über die wirtschaftliche Lage des Betriebes.

Zur Durchführung dieser Grundsätze beabsichtigt die Gesellschaft, eine Hauptpersonalabteilung und Betriebsausschüsse zu schaffen. Die Hauptpersonalabteilung hat die Aufgabe, die Beziehungen zwischen der Leitung und dem Personal zu pflegen. Sie wird von einem Direktor geleitet, dem ein Beirat aus den Leitern der Personalabteilungen der verschiedenen Betriebe zur Seite steht.

Die Betriebsausschüsse werden in allen Betrieben der Gesellschaft gebildet. Sie umfassen eine gleiche Anzahl von Vertretern der Betriebsleitung und des Personals und haben die Aufgabe, eine Verbindung zwischen der Leitung und dem Personal aller zur Gesellschaft gehörenden Betriebe herzustellen.

Alle im Betriebe seit mehr als fünf Jahren beschäftigten Personen können in eine bevorzugte Personalgruppe befördert werden, wo sie besondere Vorteile genießen. Sie erhalten an Stelle des Stundenlohnes einen Wochenlohn. Ferner haben sie Anspruch auf einmonatige Kündigung. Manche Tage des Jahres (die sogenannten Bankfeiertage) werden ihnen wie Wochentage bezahlt, auch wenn der Betrieb an diesen Tagen geschlossen ist. Im Krankheitsfalle erhalten sie mindestens sechs Monate im Jahre ihren vollen Lohn (unter Abzug des von der staatlichen Krankenversicherung gewährten Krankengeldes).

Die verschiedenen Methoden der Gewinnbeteiligung, die in den einzelnen Betrieben der Gesellschaft bereits eingeführt sind, werden zu einem einheitlichen System zusammengefaßt. Die Aktien der Gesellschaft werden allen Mitgliedern des Personals zu einem niedrigeren als dem Börsenkurs angeboten. Außerdem können die Zahlungen ratenweise innerhalb von zwei Jahren erfolgen. Ferner erhalten die Mitglieder des Personals, die mehrere Aktien gekauft haben (4—8), eine Gratisaktie.

Der Vorsitzende der Gesellschaft, Sir Alfred Mond, hat darauf hingewiesen, daß die Industrie heute nur auf dem Wege der Zusammenarbeit zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern gedeihen könne. Diese Zusammenarbeit kann jedoch nur gefördert werden, wenn die Beziehungen zwischen Leitung und Personal auf dem Grundsatz beruhen, daß alle im Betriebe beschäftigten Mitglieder zum wirtschaftlichen Erfolg des Betriebes beitragen. Die Anerkennung dieses Grundsatzes bedeutet die Gewährung eines angemessenen Lohnes. Die Welt werde nicht gebessert durch die Verarmung der Reichen, sondern durch die Bereicherung der Armen. Die wirkliche Lösung der Frage besteht nicht in der Zerstörung des Kapitals, sondern in der Beförderung des Lohnempfängers zum Kapitalisten.

Auch der Vorsitzende des Generalkongresses des Gewerkschaftskongresses, Ben Turner, hat in einer Rede auf dieses Programm Bezug genommen. Er betonte, die älteste und beste Form der Arbeiterbeteiligung sei im Genossenschaftswesen zu suchen. Hier seien alle Arbeiter auch Aktionäre und hätten in der Generalversammlung das Stimmrecht, sowie das Recht, an der Leitung des Betriebes und an der Kontrolle der Betriebsergebnisse teilzunehmen.

Wenn Herr Mond die Beschäftigten entläßt, bevor sie fünf Jahre bei ihm beschäftigt sind, dann haben sie nie etwas zu sagen. Aber wozu diese fünfjährige Karenzzeit? Daß ein Kapitalist Arbeiter zu Kapitalisten macht, ist wohl der neueste Witz der englischen „Dinta“-Freunde.

Papier-Industrie

Tarifamtsentscheidungen.

Niederschrift über die Sitzung des Tarifamtes der Deutschen Papier-, Pappen-, Zellstoff- und Holzstoffindustrie am 29. November 1927 zu Berlin.

Antrag der Gewerkschaft Magdeburg des Fabrikarbeiterverbandes betr. Regelung des künftigen Urlaubsanspruchs des Arbeiters Winterfeld bei der Firma Papierfabrik Brückner & Co. — Calbe E. Es ergab folgender Beschluß:

Die Zuständigkeit der karitlichen Schlichtungsinstanzen wird verneint.

Begründung:

Gemäß § 16 Abs. 2 des Gesamtarbeitsvertrages vom 12. Juli 1927 sind zur Entscheidung von Einzelstreitigkeiten im Sinne des § 2 Ziff. 2 des Arbeitsgerichtsgesetzes die Arbeitsgerichtsbeiräte zuständig.

II.

Vortrag der Gewerkschaft des Fabrikarbeiterverbandes auf Regeln, von vier Streitfällen betr. Mehrarbeitszuschlag.

Das Tarifamt fällt folgenden Spruch: 1. § 4 des Gesamtarbeitsvertrages vom 12. Juli 1927 in Verbindung mit der Protokollnotiz 1 ist so auszulegen, daß bei der Berechnung des Mehrarbeitszuschlags auch in die Woche fallende Urlaubstage mit in Ansatz zu bringen sind.

2. Gemäß § 4 des Gesamtarbeitsvertrages vom 12. Juli 27 ist von der 49. Wochenarbeitsstunde an für jede Mehrarbeitsstunde ein Mehrarbeitszuschlag zu vergüten. Es ist also gleichgültig, um welche Art von Mehrarbeitsstunden es sich handelt.

3. Für Mehrarbeit beim Reinigen von Kesseln gilt das unter 2. Belegte entsprechend.

4. Der Antrag auf Regelung der Überstundenzuschläge für Nachtwächter wird zurückgezogen mit Rücksicht darauf, daß die Frage betrieblich geregelt werden soll.

5. In der von der Gewerkschaft in der mündlichen Verhandlung aufgeworfenen Frage der Tragung der Kosten für das in der Verhandlung erscheinende Betriebsratsmitglied nimmt das Tarifamt wie folgt Stellung:

Diese Streitfrage ist gemäß § 83 Ziff. 4 des Betriebsratsgesetzes in Verbindung mit § 2 Ziff. 5 g und § 80 des Arbeitsgerichtsgesetzes durch das Arbeitsgerichtsgesetz im Beschlußverfahren zu entscheiden.

III.

Antrag auf Regelung des Streitfalls bei der Firma Pappfabrik Dippelbühlwald betr. Überstundenzuschlag für die Arbeiter im Zweischichtsystem.

Ein Spruch kommt wegen Stimmungleichheit nicht zustande.

IV.

Antrag auf Regelung des Streitfalls bei der Firma Adolf Hiegel, Copier, betr. Urlaubsvergütung für Akkordarbeiter.

Das Tarifamt fällt folgenden Spruch: Auch den Akkordarbeitern steht für die Urlaubstage nur der normale tarifliche Stundenlohn zu.

Begründung:

Die Vergütung für die Urlaubzeit ist im § 8 Ziff. 6 des Gesamtarbeitsvertrages vom 12. 7. 27 geregelt. Hier heißt es ausdrücklich, daß für jeden Urlaubstag der 'Zeithundenlohn' zu vergüten ist. Unter 'Zeithundenlohn' ist für Akkordarbeiter der der Akkordberechnung zugrunde gelegte Stundenlohn zu verstehen.

V.

Antrag auf Regelung des Streitfalls betr. Ortsklassenzugehörigkeit der Firma Shipping & Seiderer, Hartmannsmühle.

Im Einverständnis mit den Parteien wird die Entscheidung verlegt mit Rücksicht auf die einzuleitenden außer tariflichen Eingangsverhandlungen.

VI.

Antrag auf Regelung des Streitfalls betr. Entlohnung der Holländermüller bei der Firma Robert Spahn, Dresden.

Das Tarifamt macht folgenden Vergleichsvorschlag:

Da die betreffende Arbeiterkategorie nach der Überzeugung, die das Tarifamt auf Grund der mündlichen Verhandlung gewonnen hat, weder angesprochenenmaßen zu den Pappenholländermüllern noch zu den Pappenholländerarbeitern zu rechnen ist, und infolgedessen die Entlohnungsfrage offen ist, schlägt das Tarifamt den Parteien vor, für diese Arbeiterkategorie den Lohn nach Gruppe V des Gruppenlohnvertrages zuzüglich eines Zuschlages von 2 Prozent festzusetzen.

Die Parteien nehmen den Vergleichsvorschlag an.

VII.

Antrag auf Regelung des Streitfalls bei der Firma Kübler & Melchauer, Kriebitzsch, betr. Entlohnung der Arbeiter an der Thormeschälmaschine.

Das Tarifamt fällt folgenden Spruch:

- 1. Die Arbeiter an der Thormeschälmaschine werden in Gruppe IV des Gruppenarbeitsvertrages eingereiht. 2. Die Nachzügler werden wie die übrigen Holzzügler in Gruppe V eingereiht. Es zur Einführung von Akkordarbeit erhalten die letzteren jedoch einen Zuschlag von 4 Prozent auf diesen Lohn.

VIII.

Das Tarifamt ist der Auffassung, daß die durch den Gesamtarbeitsvertrag geschaffenen karitlichen Schlichtungsinstanzen, soweit sie sich auf die Streitigkeiten beziehen, die unter den Voraussetzungen des § 16 Abs. 2 Arb. G. in Einzelstreitigkeiten ausfallen, als Schlichtungsinstanzen im Sinne des § 91 ff. des Arbeitsgerichtsgesetzes anzusehen sind. Infolgedessen sind die Verfahrensvorschriften der §§ 91 ff. des Arbeitsgerichtsgesetzes, soweit sie zwingenden Charakter haben, insbesondere also die §§ 97, 98 Arb. G. zu beachten.

Der begründete Schlichterspruch wird empfohlen, dessen Standpunkt das Tarifamt Rechnung zu tragen.

IX.

In dem Schreiben der Firma Otto Schmitt, Lentzenberg l. H., nimmt das Tarifamt wie folgt Stellung:

Das Tarifamt ist formell nicht berechtigt zu dem nachstehenden Schlichterspruch, es besteht kein Schlichtungsrecht nach § 91 ff. des Arbeitsgerichtsgesetzes. Gemäß § 16 Abs. 2 Arb. G. sind die Entscheidungen der Schlichtungsinstanzen nicht bindend. Das bedeutet, daß eine Prüfung dagegen nicht gegeben ist. Das Tarifamt ist aber gemäß § 17 Abs. 3 Arb. G. zur Befugnis, im Streitverfahren tätig zu werden.

Der Beschäftigungsgrad in der rheinischen Papierindustrie.

In Nr. 95 (1927) der 'Papierzeitung' schreibt 'Papier-Schnee' über den Beschäftigungsgrad der rheinischen Papierindustrie a. a. folgendes:

Die Beschäftigung in den Papierfabriken ist noch immer ganz ohne jede Einschränkung. Für bestimmte Sorten werden 6, 8, ja sogar 12 Wochen Vorrat gefordert. Diese Tatsache steht im Widerspruch zu der sonst sehr ungenügenden Wirtschaftslage, findet jedoch keine Erklärung darin, daß der Beschäftigungsgrad der Papierfabriken sich verbessert hat, und daß dadurch der Papierverbrauch gesteigert wird. Hierin kommt der Umstand zum Ausdruck, daß die Papierfabriken, die bisher noch im Papierverbrauch Verwendung, aber für das Erreichen der Waren in Kaufmännischer, Kaufmann- und Einzelhandelsbetriebe findet man vielfach bedrucktes Papier mehr und mehr einsetzt. Dabei übersteigt es das andere. Der Einzelhandel bevorzugt parallel und diagonal, schmal und breit-

gerippte Einwickelpapier. Immer mehr Reklame wird betrieben. Neue Muster und Farbänderungen finden Beachtung und werden gekauft. Nicht anders ist es mit Fallschirmen, Einschlägen, Käten, mit Wäschebeuteln und Seidenpapier. Überall, wo der Bedarf groß ist, wird auch sorgfältig Neues angeboten und angenommen. Diese rheinische Meldung über den überaus günstigen Geschäftsbetrieb der rheinischen Papierindustrie steht im schroffen Gegensatz zu der Unternehmenseinschätzung über die schlechte wirtschaftliche Lage der Papierindustrie. Wieder einmal ein Beweis dafür, daß Worte dafür da sind, um Tatsachen zu verbergen. Geschäftsdiplomat! E. Stähler.

Nahrungsmittel-Industrie

Kommt es zu einem internationalen Zuckerpakt?

Unter dieser Überschrift brachten wir in Nummer 49 des 'Proletariats' eine kurze Übersicht über eine internationale Zuckertagung in Paris, die zu einer internationalen Vereinigung führte, deren Aufgabe es sein soll, Zuckerproduktion und Verbrauch einander anzupassen. Nach dieser Pariser Tagung fanden, auf Veranlassung des Oberst J. M. Tarafa aus Kuba, Verhandlungen in Amsterdam statt, die das Ziel verfolgten, auch die holländische Zuckerindustrie dieser Vereinigung anzuschließen. Aber das Ergebnis dieser Beratungen ist folgende Erklärung veröffentlicht worden:

Die beiderseitigen Vertragsparteien haben in vier Konferenzen, die einen äußerst freundschaftlichen Charakter trugen, ihren Standpunkt auseinandergesetzt und besprochen. Sie fassten schließlich den Beschluß, miteinander in Fühlung zu bleiben und die Zusammenarbeit fortzusetzen, weil sie in ihrem beiderseitigen Interesse liegt. Es wird beabsichtigt, im nächsten Jahre eine neue Konferenz einzuberufen, auf der dann die weitere Zusammenarbeit beraten werden soll.

Nach dieser Erklärung ist eine völlige Abereinstimmung mit Holland scheinbar noch nicht erzielt. Man will aber gegenseitig in Fühlung bleiben und die Zusammenarbeit fortsetzen. Es besteht mithin begründete Aussicht, daß die Holländer bald dieser Vereinigung beitreten werden.

Wir hatten ferner darauf verwiesen, daß die Pariser Vereinbarung erst noch von den einzelnen Ländern ratifiziert werden müßte. Diese Ratifizierung ist erfolgt, nachdem die Arbeitgeber der einzelnen Länder in einer weiteren Verhandlung dazu Stellung genommen haben, die gleichfalls unter Mitwirkung des Oberst Tarafa am 30. November in Berlin stattfand. Über diese Sitzung liegt, nach der 'Deutschen Zuckerindustrie', folgender Bericht vor:

Berlin, den 30. November 1927.

Internationale Zuckerkonferenz.

Im Sinne der Beschlüsse der Pariser Zuckerkonferenz vom 11. bis 14. November 1927 haben sich die bevollmächtigten Vertreter der deutschen, polnischen und tschechoslowakischen Zuckerindustrie und der Vertreter der kubanischen Republik, Oberst J. M. Tarafa, unter dessen Vorsitz die Beratungen stattfanden, am 30. November 1927 in Berlin verammelt. Oberst Tarafa berichtete eingehend über die Verhandlungen, die er in Amsterdam mit der Vereinigung der Zuckerpächter (Wisp) geführt hatte. Die Delegierten stimmten den Ausführungen des Obersten Tarafa über die Verhandlungen vollinhaltlich zu. Infolgedessen gaben die Präsidenten der deutschen, polnischen und tschechoslowakischen Delegation die Erklärung ab, daß sie im Namen der von ihnen vertretenen Industrien die Pariser Beschlüsse vom 14. November 1927 ratifizieren. Der Hauptpunkt dieser Beschlüsse ist folgender: Kuba verpflichtet sich, seine Erzeugung in der Kampagne 1928 zu beschränken. Dagegen haben die Vertreter der anderen beteiligten Zuckerindustrien die Verpflichtung übernommen, die Politik der kubanischen Republik in dieser Frage, die auf eine Anpassung der Weltzuckererzeugung an den Weltverbrauch abzielt, zu unterstützen, und zwar die einen durch Beschränkung ihres Rübenanbaues im Jahre 1928, die anderen durch Beschränkung der Ausfuhr oder Fernhaltung gewisser Überschüsse vom Markt in der Kampagne 1928-1929. Außerdem wurde beschlossen, den in den Pariser Beschlüssen vorgesehenen Arbeitsanstoß im Laufe des Monats Dezember zu wählen. In diesem Arbeitsanstoß wird jede beteiligte Industrie durch drei Herren vertreten sein. Als Sitz des Bureau wurde wiederholend Berlin bestimmt, doch werden die Verhandlungen abwechselnd in den Hauptstädten der beteiligten Industrien abgehalten werden. Dieser Arbeitsanstoß hat die Aufgabe, die Arbeiten der Konferenz fortzuführen. Zum Schluß wurde mit Befriedigung zur Kenntnis genommen, daß auch die ungarische Zuckerindustrie den Pariser Beschlüssen wohlwollend gegenübersteht und diese in ihrem Kreise einer baldigen Vereinfachung unterziehen wird.

Für die deutsche Delegation: Für die kubanische Delegation E. Rabbeige. J. M. Tarafa.

Für die polnische Delegation: Für die tschechoslow. Delegation: J. Sz. Wasil. Eron.

Nach diesem Bericht haben nunmehr die Zuckerindustriellen von Deutschland, Polen und der Tschechoslowakei den Pakt mit Kuba abgeschlossen. Es heißt in dem Bericht, daß die einen durch Beschränkung ihres Rübenanbaues im Jahre 1928, die anderen durch Beschränkung der Ausfuhr oder Fernhaltung gewisser Überschüsse den internationalen Markt entlasten wollen. Dabei taucht die Frage auf: Gehört Deutschland zu den 'einen' oder zu den 'anderen'? Gehören wir zu denjenigen, die den Rübenbau nicht einschränken, aber mit der Ausfuhr zurückhalten sollen, dann wird darauf hingearbeitet werden müssen, daß der Inlandsabsatz steigt. Geschieht das nicht und will man auch die Überschüsse nicht auf den allgemeinen Markt werfen, dann kommt die Einschränkung der Produktion von selbst.

Die Frage steht also so, wie wir sie in unserem Artikel in Nr. 49 zum Schluß gestellt haben. Wüssten die deutschen Zuckerfabrikanten, daß sie den Vorkriegsstand bei der Produktion noch nicht erreicht haben. Sie werden also nun nicht mehr darüber klagen können, denn sie haben sich selbst Beschränkungen auferlegt. Dabei fällt auf, daß die getroffenen Vereinbarungen auch jetzt im Wortlaut noch nicht veröffentlicht sind.

Die ganzen Erklärungen gehen über allgemeine Redensarten nicht hinaus. Die Öffentlichkeit, namentlich aber die Arbeiterklasse der Zuckerindustrie, hat ein Interesse daran, was die Fabrikanten international vereinbart haben; denn sie muß die Folgen dieser Vereinbarung in erster Linie mittragen. Also, was ist tatsächlich vereinbart? Diese Frage darf wohl öffentlich angeworfen werden.

E. Senkfeld.

Aus der Zuckerrabrik Ostrum.

Ich habe mir die Geschichte recht lieb vorgestellt, als ich mich mehr der Not gehordend als dem eigenen Interesse - in der Zuckerrabrik Ostrum (Kreis Ganderheim) für die Dauer der Rübenverarbeitung am Arbeit bewark.

Diese Zuckerrabrik ist in bezug auf den gewerkschaftlichen Gedanken ein Schmerzenskind. Ein wesentlicher Teil der Schuld an den unzufriedenen Zuständen ist wohl in der Tatsache zu suchen, daß die Arbeiter jedes Jahr aus dem Elend der Armut vertrieben werden. Zwar erklärt mancher stolz, er habe es eigentlich gar nicht nötig, hierher zu kommen. Trotzdem nimmt er lieber einen hohen Lohn als einen niedrigen und arbeitet lieber 18 als 10 Stunden. Er ist schlau genug, die Vorteile eines guten Lohnsatzes zu begreifen, macht sich aber scheinbar keine rechten Vorstellungen, wie ein hoher Lohnsatz zustande kommt. Mit seinem kleinsten Grundbesitz im Rückhalt, schiebt er die Schicksalsgebundenheit des reinen Lohnarbeiters in bezug auf sein Arbeitsverhältnis nicht so stark. Es ist für ihn nicht die einzige Basis seiner Existenz. Mit kleinsten Grundbesitz rechnet er: 'Lohn die anderen nur für mich die Kaffianen aus dem Feuer holen!' - Daß er sich dabei auch mal gründlich verrechnen kann, daran denkt er nicht. Leider hat sich auch ein sehr großer Teil der hierigen vorübergehend Beschäftigten, ja sogar die dauernd beschäftigten Arbeiter haben sich von den Elendseltern beeinflussen lassen. Gerade die beiden zuletzt genannten Gruppen der Kollegen hätten doch alle Ursache, auf die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen mehr Wert zu legen. Abgesehen von wenigen Ausnahmen, sind doch die hierigen Kollegen gerade als Kampagnenarbeiter durchaus auf die Zuckerrabrike angewiesen ganz zu schweigen von den dauernd Beschäftigten. Oder glauben die Kollegen, daß der Unternehmer aus lauter Liebe und Güte für guten Lohn, kürzere Arbeitszeit und gesunde Einrichtung der Betriebe sorgt?

Gerade was den letzten Punkt anbetrifft, ist die Zuckerrabrik Ostrum ein Musterbeispiel, wie es in einem Betriebe aussieht, wo die Gewerkschaft noch nicht genügend Fuß gefaßt hat.

Was mir am ersten Tage in der Fabrik sofort auffiel, war der wahrhaft äckerregende Zustand der Aborte. Auf dem einen ist keine Beleuchtung. Von oben tropft schon vor dem Betreten Kalklauge auf den Kopf. Die Sitze sind mit Kot beschmiert. Was Wunder, wenn die Kollegen, um sich vor Schaben zu bewahren, mit den Füßen auf den Sitzen stehen. Welt schlimmer ist es noch auf dem zweiten Abort in der Rohzuckerstation. Ein kleines Loch, nicht viel über einen Meter weit. Wenn man sich hinsetzt, hängt die Nase über einer kurzen Rinne, die für kleine Bedürfnisse in dem Raume ist. Der Fußboden ist naß von Urin. Man kommt mit bloßen Füßen vom Zuckerboden, tritt in den mit Auswurf vermischten Urin. (Spucknapfe gibt es in der Fabrik auch nicht.) Nachher geht man nicht auf diese Weise beschmutzten Füßen wieder in den Zucker. Man könnte sich die Füße vorher waschen, das hat aber einen Haken. Die Wasch- und Abereinrichtung in der Rohzuckerabteilung besteht aus einem etwa 2 1/2 Kubikmeter großen Eisenkasten. Sich darin mehrere Male am Tage die beschmutzten Füße abzuwaschen, kann man keinem zumuten, wenn man weiß, daß er sich zur Schicht dort den ganzen Körper (natürlich auch Hände und Gesicht) darin reinigen muß. Es besteht zwar am ganz anderen Ende der Fabrik eine Abereinrichtung, die etwas besser ist. Im halben Adamskostüm, kopfend vor Schweiß, kann aber keiner durch die zugige Fabrik laufen. Abgesehen davon, gibt es dort, wie überhaupt in der ganzen Fabrik, keine verschließbaren Einrichtungen für die Kleider. Man muß letztere also möglichst in der Nähe lassen. Ich habe während der sechs Wochen meiner Arbeit in der Fabrik nur einmal feststellen können, daß die Aborte reinigend waren. Dieses aber kam daher: Der Herr Gewerberat hatte sich mit seinem Besuch früh genug angemeldet. Aber den Zweck solcher vorübergehenden Anwesenheit konnte man sehr geteilter Meinung sein. Ich habe den Herrn Gewerberat besonders auf den Zuckerboden abort hingewiesen. Er hat sich die Besichtigung angesehen. Es ist aber alles beim alten geblieben. Der Abort ist nach dem Besuch des Gewerberates nicht ein einziges Mal mehr gereinigt worden. Vergessen möchte ich nicht, dem Zuckerboden noch ein paar Worte zu widmen. So etwas wie Lüftung gibt es dort überhaupt nicht. Die Fenster sind fest verriegelt und vergittert. Der Herr Direktor droht jedem mit Strafe, der die Scheiben zerbricht. Die Zeit, als es draußen noch warm war, ist uns wahrhaft wie eine Hölle gewesen. Trinken, nur trinken! Der viele Schweiß zerfrisst einen das Gesicht. Die Augen brennen von dem ununterbrochen hineinlaufenden Schweiß; die Luft ist zum Erstickern. Selbst als es draußen schon kalt war, konnten erfahrene, diese Arbeit gewohnte Kollegen es oben auf dem Zuckerboden nicht aushalten. Auch hier versprach der Gewerberat Abhilfe. Natürlich kann aber da ein mangelhafter Zustand im Verlauf der Rübenverarbeitung nicht beseitigt werden.

Ein Betriebsrat besteht nicht. Dem Herrn Direktor kommt es nicht in den Sinn, einen Wahlvorstand zu bestellen. Ein Obmann für die vorübergehend Beschäftigten ist auch nicht vorhanden. Die Kollegen sind berart rückständig, daß sie eine Liste, die ich im Betriebe herumlaufen ließ, um zur Wahl eines Obmannes aufzufordern, nur zu einem ganz geringen Teil unterzeichneten. In der Arbeitsordnung steht: Vor Beginn des Arbeitsverhältnisses ist jedem Arbeiter je ein Exemplar von Arbeitsordnung und Krankenkassenstatut auszuhandigen. Der Arbeitgeber hält das nicht für notwendig. Als ich nun um ein Krankenkassenstatut bat, stellte es sich heraus, daß nur noch durch Satzungsänderungen überholte Exemplare vorhanden waren.

Das sind so Streiflichter, wie es in einem Betriebe aussieht, wo keine Gewerkschaft und der auf diese aufgebaute Betriebsrat vorhanden ist. Wie würden die Lohnsätze aussehen, wenn alle Kollegen so dächten wie die in Ostrum? - Ermessen kann man das an der Art der anderen Zustände. Kollegen, an alledem und vielem anderen müßt ihr doch merken, daß ihr dem Unternehmer nur ein Betriebsmittel seid, das er schlechter behandelt als seine Maschinen! Ihr seid dem Unternehmer nichts weiter als Kalkulationsobjekt, nicht lebendige, fühlende Menschen, sondern nur eine Sache. Seht euch seine Aborte, seine Wäschegelegenheit, seine Arbeitsräume an. Ihr werdet daran feststellen das Maß, mit dem er euch als Menschen bewertet. Bestimt euch auf eure Menschenwürde, denkt an eure Gesundheit, tretet ein in den Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands, der für eure Menschenwürde kämpft. Gustav Käpfer.

Vorausichtige internationale Zuckererzeugung.

Das Nachrichtenbureau von Willett & Gray in New York gibt jedes Jahr Schätzungen über die vorausichtige Rohzuckererzeugung heraus. Infolge der unklaren Verhältnisse in Kuba kommen die Schätzungen in diesem Jahre später heraus als sonst. Sie liegen nunmehr für das Jahr 1927/28 nach der Deutschen Zucker-Industrie vor. Danach soll die Zuckererzeugung Kubas rund 4 Millionen Tonnen gegen 4 1/2 Millionen Tonnen bislang betragen. Im ganzen wird mit einer Rohzuckerproduktion im laufenden Betriebsjahre einschließlich Chinas von 15,9 Millionen gegen 16,1 Millionen im Vorjahre gerechnet.

Die Rübenzuckererzeugung des laufenden Jahres kann nach derselben Quelle auf 8,9 Millionen Tonnen gegen 7,8 Millionen Tonnen im Vorjahre geschätzt werden. Demnach wäre mit einer Weltzuckererzeugung von 24,85 Millionen Tonnen gegen 24 Millionen Tonnen im Vorjahre zu rechnen. Infolge Einschränkungen in Kuba würde also die Rohzuckerproduktion gegen das Vorjahr etwas zurückgehen, während die Rübenzuckerproduktion auch im laufenden Jahre mit einem Mehr von über 1 Millionen Tonnen rechnen.

Diese Zahlen zeigen, daß die Rübenzucker-Industrie auf dem Marsche ist, ihren früheren Anteil immer mehr wieder zu erobern. Dieser Entwicklungsprozeß soll nun scheinbar durch die internationale Vereinbarung, die wir an anderer Stelle besprochen haben, unterbrochen werden. Es bleibt abzuwarten, wie sich die Dinge im nächsten Jahre entwickeln. Der anfallende Produktionsüberschuß wird also nicht in erster Linie auf den internationalen Markt geworfen werden können, denn hiermit soll ja zurückgehalten werden. Die mehrproduzierenden Länder, zu denen Deutschland nicht gehört, werden also auch aus diesem Grunde versuchen müssen, den Inlandsabsatz zu steigern. E. Senkfeld.